

Kapitalistisches Eigentum zu besitzen, und folglich auch vor der Demoralisation, die dasselbe mit sich bringt, aufs Gründlichste bewahrt wird. Der Schlotjunker und der Landjunker haben andere Interessen und andere Ziele; dieser braucht seine Arbeiter als Leibeigene auf dem Lande, jener braucht sie als Fabrikflaven in der Stadt. Die Aristokratie der Börse ist der industriellen und landwirtschaftlichen Aristokratie ein Stein des Anstoßes. Der „liberale“ Kapitalist will als letzten harmlosen Rest seines Liberalismus zum mindesten noch eine gewisse religiöse Freigeisterei zur Schau stellen, während der konsequenterer jungerlich-pfäffische Dunkelmann ein giftiges Anathema! kreischt gegen den religiösen und sonstigen Liberalismus, der eigentlich der Vater des Übels sei, der Urheber der Revolution und die Vorstufe des Sozialismus.

Rein Zweifel, von Rechts wegen; und konsequenter Weise müßte dem bürgerlichen Liberalismus der Hals umgedreht werden, ehe man dem Sozialismus zu Leibe gehen kann. Und wo fängt der Liberalismus an, wo hört er auf? Wo steckt der Umsturz-Bazillus?

Wo steckt er? — Fragen wir lieber: Wo steckt er nicht? Und wir wollen sie suchen und schnüffeln lassen, die Umsturz-Jäger und Umsturz-Schnüffler. Vielleicht entdecken sie noch, daß der größte aller Revolutionäre und Umstürzer der Kapitalismus ist, und daß der Akt, auf dem sie sitzen, und von dem aus sie dem sozialistischen Gottseibeiuns den Strick um den Hals werfen wollen, vom Tootenwurme des „Umsturzes“ zernagt ist. Und paradies! —

Greifen wir nicht vor. Ihrem Schicksal kann diese Angstgesellschaft ja doch nicht entgehen, und wenn sie auch vor Angst in der Haut fährt. Der kapitalistische Umsturz verrichtet sein Werk, und wer „sein“ Sach“ auf ihn gestellt hat, der muß auch sein Schicksal theilen.

Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag.

Zur Entgegnung.

Die dritte Anklage Vollmar's gegen mich gipfelt darin, daß ich mich einer „Zweideutigkeit“ schuldig gemacht, „die gerade bei ihm (Webel) höchst unsympathisch berühren muß“. Vollmar will mit diesem letzteren Satze offenbar sagen, daß man Zweideutigkeit an mir nicht gewohnt sei, ein Kompliment, das ich akzeptiere, wenn ich leider es auch nicht erwidern kann.

Vollmar sucht meine „Zweideutigkeit“ zu begründen, indem er Stellen aus meinem Artikel der „Neuen Zeit“ citirt, den ich zirta vierzehn Tage vor dem Frankfurter Parteitag schrieb und in dem ich auf die Behauptungen in der Presse anspielend anführte: „Prinzipielle Kämpfe oder ernste Kämpfe über die Taktik der Partei bestehen nirgends. Die Partei steht in allen ihren Gliedern auf dem gleichen Boden, wie ihn das Programm zum Ausdruck bringt. . . . Zum Ueberflus sorgt die Verfolgung unserer Feinde dafür, daß Spaltungs- und Abtrennungsgelüste, wenn sie überhaupt vorhanden wären, was nirgends der Fall ist, jämmerlich scheiterten. Prinzipielle Gegensätze sind also ausgeschlossen.“

Vollmar fragt, wie konnte Webel, nachdem er in der „Neuen Zeit“ sich so ausdrückte, und auch in dem Eingang seiner Rede in der Budgetabstimmungsfrage den bayerischen Abgeordneten Anerkennung spendete, wenige Wochen später zu Anschauungen und Urtheilen, wie in seiner Berliner Rede kommen?

Er fragt weiter: „Welcher Webel hat die Wahrheit gesprochen, der vor und auf dem Parteitag oder der nach demselben?“

Am sind diese Einwände und die Frage Vollmar's das Einzige, was in seinen Artikeln scheinbar mit Recht gegen mein Eintreten in Berlin vorgebracht werden kann. Vermöchte ich nicht diesen Widerspruch zu lösen, so könnte man mir wohl vordaltn, daß ich mich nicht nur eines auffallend raschen Meinungswechsels schuldig gemacht, sondern auch in der Erhebung der Anklagen übereilt gehandelt hätte.

Statt einer langen Auseinandersetzung will ich Vollmar eine kurze Geschichte erzählen.

Kurz vor dem Parteitag traf ich in einer Nachbarstadt mit einem genauen Bekannten zusammen, der durch seine soziale Stellung Fühlung mit einem Theil der hiesigen Regierungskreise hat und die Strömungen in denselben kennt. In der Unterhaltung kamen wir auch auf den Parteitag zu sprechen, wobei mein Gegenüber fragte: „Wie glauben Sie mit Vollmar und den Bayern in Frankfurt in der Budget-Abstimmungsfrage zurecht zu kommen?“ Ich sah ihn verwundert an und indem ich recht überlegen lächelte, antwortete ich: „Wie so? Ich denke, wir werden unseren bayerischen Genossen klar

machen können, daß sie in der Abstimmung über das Budget einen Fehler machen und die große Mehrheit des Parteitags wird zweifellos für künftig eine Direktive beschließen, wo für unsere Leute in den Landtagen nunmehr notwendig geworden ist und so wird diese Angelegenheit ohne viel Lärm erledigt werden.“

Darauf antwortete mein Bekannter sehr lebhaft: „Ich glaube, Sie irren sich, der Streit wird viel heftiger werden, als Sie voraussetzen, weil die Strömung Vollmar viel stärker in der Partei ist, als Sie annehmen scheinen. Und ich muß Ihnen weiter sagen: Sie glauben nicht, mit welchem Interesse diese ganzen Angelegenheiten in einem Theil der Berliner Regierungskreise verfolgt werden. Man setzt dort auf die Richtung Vollmar große Hoffnungen und erwartet, daß diese Strömung allmählig die Oberhand gewinnt.“

Jetzt lächelte ich nicht mehr, ich lachte mein Gegenüber gründlich aus, und da wir uns schließlich nicht verständigen konnten, schieden wir mit den Worten: Auf Wiedersehen einmal nach Frankfurt.

Mit der hier angedeuteten optimistischen Stimmung, die auch in meinem Artikel in der „Neuen Zeit“ zum Ausdruck kam, ging ich nach Frankfurt und entdeckte bald, daß ich mich gründlich getäuscht.

Obgleich ich schon am Vorabend der Verhandlungen über die Budgetfrage aus dem Munde Grillenberger's vernahm, daß er voll Jörn über die bevorstehende Verhandlung war — Anträge lagen zu jener Zeit über die Frage noch nicht vor — und zehnmal erklärte, sie (die Bayern) würden sich unter keinen Umständen einem Beschluß des Parteitags fügen, der gegen ihr Verhalten in der Budgetfrage gerichtet sei, gab ich die Hoffnung auf ein zufriedenstellendes Resultat nicht auf. Ich war daher auch entschlossen, selbst nachdem Vollmar mit Gründen seine und seiner Kollegen Abstimmung im Landtage verteidigte, wie ich sie bis dahin aus dem Munde eines Sozialdemokraten für unmöglich gehalten hatte, nichts zu äußern, was die bayerischen Genossen verletzen könnte, sondern ihnen vollste Anerkennung für ihr Wirken im Landtage auszusprechen.

Daher sagte ich, wie Vollmar in der „Münchener Post“ richtig zitiert:

„Ich erkläre ausdrücklich, unsere Genossen im bayerischen Landtage haben im vollen Maße ihre Schuldigkeit gethan, und gerade deshalb haben wir die beiden ersten Sätze in unsere Resolution aufgenommen, die allerdings keine neue Wahrheit enthalten sollen, wohl aber konstatiren, daß die bayerischen Genossen für ihre ganze übrige Thätigkeit unsere volle Zustimmung finden.“ Nur die Budgetabstimmung sei Gegenstand der Debatte. „Es fällt mir nicht ein einzigen Augenblick ein, auch nur ein Wort des Tadel, der Anklage oder Mißbilligung den bayerischen Genossen im Landtage zu machen.“

Und ich schloß diesen Theil meiner Ausführungen mit der Erklärung: „es handele sich nicht darum, über Vergangenes den Stab zu brechen, sondern eine gemeinsame Richtschnur für das Handeln unserer Vertreter in den Landtagen für die Zukunft zu schaffen.“

Ich handelte also ganz im Sinne meiner Aussprüche in der „Neuen Zeit“ und den Äußerungen gegenüber meines Bekannten.

Heute erkläre ich, daß ich in meinem Lobe gegen unsere Genossen im bayerischen Landtag in Frankfurt sogar weiter ging, als ich es bei einer andern Gelegenheit gethan hätte, um ja den Schein, Unfrieden zu wollen, zu vermeiden. Ich würde zum Beispiel in einem andern Fall gegen eine Reihe von Äußerungen Vollmar's bei Begründung seines und seiner Kollegen Agrartrages im bayerischen Landtag sehr gewichtige Einwendungen gemacht haben, noch mehr über die Liebeserklärung, die er dem reaktionären Bauernbund bei jener Gelegenheit machte. Ich würde auch nicht gelobt haben, daß insbesondere Grillenberger einmalmal so stark den bayerischen Partikularisten über den Sozialdemokraten hervortreten ließ, indem er sich in einer Weise zum Verächter bayerischer Reservatrechte aufwarf, daß er damit das Herz der rückständigsten bayerischen Zentrumskräfte rührte. Ich unterließ dies und lobte um der Sache willen, um die es sich handelte, mehr als ich streng genommen vor mir selbst verantworten konnte.

Hätte aber nun schon Vollmar einen Ton angeschlagen, wie er bisher auf seinem Parteitag laut geworden war, indem er den Partikularisten hervorsetzte und zu verlegenden Äußerungen gegen die norddeutschen Genossen sich verriet, zu Äußerungen, zu welchen weder die Parteipresse noch die Genossen Veranlassung gegeben hatten, so ging er schließlich sogar so weit, zu behaupten: „daß, was die Taktik in den einzelnen Landes-Angelegenheiten betreffe, diese festzustellen naturgemäß Sache der Partei des einzelnen Landes sei.“

Damit war ein Bruch mit der ganzen bisherigen Parteitradition proklamirt und es ist klar, daß, wenn dieser Standpunkt Vollmar's die ausdrückliche Billigung der Partei fände, die Konsequenz wäre, daß der Parteitag überhaupt kein Recht mehr besitzt, sich um irgend welche innere Landes-Angelegenheiten zu bekümmern, darüber zu

*) Die Parteigenossen wögen die Rede Vollmar's auf Seite 111 des Frankfurter Protokolls bis zum Schluß nachlesen.

Gewalt der Leidenschaften, die sich um ihn her entfesselten, wenn er sie auch nicht theilte. Aber er war erschreckt von der Verwirrung, welche diese glühenden Wünsche in den Köpfen angerichtet hatten. Welche Energie und welche Begeisterung wurden rein vergeudet, wenn man nicht wußte, was man wollte, wenn man nur im Zerstören einig war! Er war überzeugt, daß jeder großen Umgestaltung der Gesellschaft eine Umwandlung der Geister und Herzen vorhergehen müsse. Waren nun die Geister derer, welche die Bewegung führten, im Stande, die Richtung, nach der marschirt werden mußte, zu erkennen oder klar anzugeben? Waren ihre Herzen fähig, zu empfinden, daß der einzige wahre Hebel der Revolution nicht der Haß ist, der zerstört, sondern die Liebe, welche aufbaut?

Eine Bewegung, die im Atelier entstand, riß ihn aus seiner stummen Träumerei. Die Sonne ging zur Rüste und Roubet begab sich seiner täglichen Gewohnheit gemäß an das Ufer hinunter, um die flüchtigen Farben des Himmels und des Sees, die an Pracht mit einander wetteiferten, auf der Leinwand festzuhalten.

In wenigen Minuten bannte er mit der Spitze seines biegsamen Spachtels die Luft und das Wasser, die sich am Horizont zu einem Ozean flüssigen Goldes verschmolzen und sich nach oben in kaum merklichen Abstufungen in dem violetten Azur verloren auf die Leinwand. In der Tiefe zeigten sich unter einem leichten Windhauch kleine Wellen, brach sich das Licht der untergehenden Sonne in irisierenden, stimmungsvollen Wogen und durchdrang wie mit feurigen Pfeilen selbst die dunklen Schatten der Berge, während rechts sich das Ufer in schwarzen Massen abhob und ein rosiges Wolkenkleid sich um einen Berggipfel legte, wie eine Standarte, die der halb besiegte Tag auf seiner letzten Festung, die er der Nacht streitig machen will, aufgehht hat.

Fertig! Ich habe meinen Tag gewonnen, rief er, als die immer stärker hereinbrechende Dämmerung ihn zwang, sich zu unterbrechen. Wieder ein Bild für die reichen Lords! Jedenfalls werden wir wieder etwas zum Leben haben!

Und zufrieden mit seinem kräftig hingeworfenen Werke,

stimmte er ein Volklied aus der Franche-Comté an, bei dessen naiver Weise und einfachen Worten seine Brust wiederholt von einem drohenden Lachen erschüttert wurde.

Man lehrte in das Haus zurück. René zog sich zurück, nicht ohne vorher das Versprechen, wieder zu kommen, gegeben zu haben. Zwei widerstreitende Eindrücke waren es, die er von diesem Besuche nach Hause nahm. Einestheils bewunderte er an all diesen Exilritten die robuste Gesundheit der Seele, die das Unglück nicht hatte niederdrücken können. Er beneidete sie um einen solchen Vorrath an Muth und Begeisterung. Aber andererseits war er auch beunruhigt durch das Chaos von auseinandergehenden Bestrebungen, das sich ihm offenbart hatte. Wo war denn hier die Wahrheit? Um die Ruhe seines Geistes wieder zu finden, sah er sich genöthigt, seine Ideen über diese verschiedenen Dinge zur Klarheit zu bringen und auf solider Grundlage sein politisches Glaubensbekenntniß aufzubauen.

Er versuchte den Ursprung seiner Ansichten festzustellen. Sicherlich verdankte er den ersten Anstoß seinem Vater, der ihm mehr durch sein Beispiel als durch Worte die Liebe zur Gerechtigkeit ins Herz gelegt hatte. Später auf dem Gymnasium, wo er Freischüler war, schien es ihm, daß die Schüler dort nach ihren Leistungen und nicht nach dem Stande oder dem Vermögen ihrer Eltern behandelt wurden. Sollte es in der Welt nicht ebenso sein wie in der Schule? Und so war er allmählig Demokrat geworden, ohne daß er es wußte. Das Studium der Geschichte, das er mit Leidenschaft betrieb, hatte ihm überdies bewiesen, daß Frankreich, ganz Europa, überhaupt alle zivilisirten Länder, die Veseitigung aller alten Privilegien erzielten. So hatten seine Ueberzeugungen ihre logische Begründung erhalten. Reich an Wissen und arm an Geld war er häufig durch das hochmüthige Benehmen von Leuten, die in seinen Augen keinen Werth hatten, verletzt worden. Er hatte vor allem für seinen Vater gelitten, der als kleiner Beamter nur schlecht besoldet war und der von der Familie seiner Mutter, die vermögend war, stets über die Achsel angesehen wurde. So festigten sich seine Ueberzeugungen immer mehr.

(Fortsetzung folgt.)

wachen, sie zu kritisiren und gegebenen Falles über sie zu richten. Die Parteigenossen in den Landtagen wie die Genossen in den einzelnen Ländern überhanpt könnten hiernach die stärksten Verstöße gegen die Taktik und die Prinzipien der Partei begehen, gelänge es den Urhebern solcher Verstöße die Zustimmung der Landesgenossen dafür zu erhalten, die Gesamtpartei besäße nicht das geringste Recht, darenin zu reden. Wir hätten also alsdann in Wahrheit, wie ich auch in meiner Berliner Rede ausführte: eine bayerische, württembergische, badische etc. Sozialdemokratie, die Einheitlichkeit der Partei wäre getrübt. Die rückständigen politischen Zustände, die verursachen, daß Deutschland in eine Reihe kleiner Partikularstaaten gespalten ist, würden auf die deutschen Parteiverhältnisse übertragen, wir hörten auf eine deutsche, geschweige eine internationale Partei zu sein.

Dieser zweifellos reaktionäre partikularistische Standpunkt Vollmar's wurde durch den mir als Redner nachfolgenden Grillenberger noch mehr auf die Spitze getrieben und eine Anzahl anderer Redner, die sich für den Standpunkt der Bayern aussprachen, ließen in dieselbe Reihe.

Obgleich nun außer mir, namentlich von Auer und auch von sämtlichen anderen Rednern der gleichen Richtung nachdrücklich und unter Anführung sehr durchschlagender Gründe auf das äußerst Bedenkliche dieser rein partikularistischen, unsozialistischen Begründung hingewiesen wurde, erklärten deren Vertreter weiter, daß ihre Haltung in den Landtagen nicht von der Rücksicht auf die Ansicht der Parteigenossen, sondern nur von der Rücksicht auf das Volk, das sie sonst nicht verneht, diktiert sei. Hierbei hörte man von keinem jener Redner den Standpunkt vertreten, daß das Volk doch aus sehr verschiedenen, durch Interessengegensätze geschiedene Klassen bestehe, und daß wir uns als Sozialdemokraten nicht an das gesammte Volk, sondern an jene Klassen dieses Volkes zu wenden hätten, die durch ihre proletarische Klassenlage allein Verhältniß für unsern Standpunkt des Klassenkampfes besäßen. Um so nachdrücklicher wurde von Vollmar und Genossen hervor gehoben, daß man aus jenes Volk Rücksicht nehmen müsse, „das nicht liebt“, das aus „Gemüthslosen“ besteht, wesentlich auf das Bauernvolk, wobei man wieder über sah, daß auch dieses „Bauernvolk“ aus verschiedenen, in ihren Klasseninteressen sich feindlich gegenüberstehenden Schichten besteht, die man bei Wahrung des Klassencharakters der Bewegung — und das ist bei einem Sozialdemokraten doch das erste Gebot — unmöglich alle für uns gewinnen kann.

Das Hervorheben rückständigster partikularistischer Gründe auf der einen Seite und das ebenso scharf hervortretende Beiseite lassen des proletarischen Charakters der Partei und des im politischen Kampfe einzunehmenden Klassenkampf-Standpunktes auf der andern Seite, waren das Entscheidende in dieser sog. Bayerndebatte.

Und schließlich fanden sich 93 Delegirte, die diesem der Bewegung bisher gänzlich fremden Standpunkt ihre Zustimmung gaben, indem sie für den Antrag Vollmar und Genossen stimmten. Diese 93 Delegirten bildeten drei Achte — nahezu die Hälfte — sämtlicher Delegirten des Parteitages.

Ich erkläre rund heraus, daß dieses Resultat für mich ein niederschmetterndes war, ein Resultat von weit größerer Bedeutung als das der nachfolgenden Abstimmung über das Amendement Stadthagen, dessen schließliche Ablehnung in Verbindung mit dem von einer Anzahl Genossen und mir gestellten Antrag selbstverständlich war.

Dieses Resultat gab den ersten Stoß meinem in dem Artikel der „Neuen Zeit“ zum Ausdruck gekommenen Optimismus. Es zeigte mir, daß, wenn ich auch zugeben müßte, daß die Bayern durch ihren Parteitag in der Abstimmung zum Theil gebunden waren, eine starke Strömung in der Partei besteht, die von wesentlichen anderen Grundanschauungen ausgeht, als sie bisher, d. h. seit der Existenz der Partei, maßgebend waren. Und die weitere Frage, die ich mir zu stellen hatte, mußte für mich sein, woher kommt das?

Als in Erfurt die „Frage Vollmar“ zur Verhandlung stand, konnte jeder Anwesende beobachten, daß es vorzugsweise süddeutsche Delegirte waren, die auf seiner Seite standen. In Frankfurt setzte sich die starke Minorität für den Antrag Vollmar und Genossen aus fast den gesammten süddeutschen Delegirten zusammen, die mit vereinzelten Ausnahmen für denselben stimmten. Den Rest bildeten ein kleiner Theil Norddeutsche, von denen ein Theil später von ihren Wählern wegen ihrer Abstimmung ein Mißbilligungsvotum erhielt.

Nun wäre es eine Beleidigung für die süddeutschen Genossen anzunehmen, sie hätten der schönen Augen Vollmar's wegen sich in Erfurt und in Frankfurt für ihn erklärt. Solche persönliche Sympathien mögen bei dem einen oder andern mitgespielt haben, maßgebend und auslaggebend sind sie nicht. Die betreffenden Delegirten haben aus voller Ueberzeugung für den Antrag Vollmar's gestimmt.

Aber — diese Frage mußte ich mir stellen — woher kommt es, daß in dieser Abstimmung eine so scharf nach Landsmannschaften ausgeprägte Scheidung sich vollzog. Darauf komme ich später zu sprechen. Es ist dies um so nöthiger, da meine hierauf bezüglichen Ausführungen in meiner Berliner Rede in Süddeutschland, weil mißverstanden, verstümmelt.

Die überraschend starke Minorität in der Budgetabstimmungsfrage, durch die das Bekenntniß zu Anschauungen ausgesprochen wurde, die ich bis dahin von einem größeren Theil der Genossen getheilt zu sehen für unmöglich hielt, war, wie gesagt, der erste starke Stoß, den mein in der „Neuen Zeit“ ausgesprochener Optimismus erhielt.

Der zweite folgte. Es war der Verlauf der Verhandlungen über die Agrarfrage. Ueber die Resolution verliere ich nur wenige Worte. Nachdem durch private Verhandlungen in die erste Fassung derselben einige Sätze aufgenommen worden waren, die anfangs fehlten, ein anderer sehr bedenklicher Satz daraus entfernt worden war, konnte man ihr ohne größere Bedenken zustimmen. Für die Parteileitung hat das Schicksal der Agrarresolution den Fingerzeig gegeben, künftig stets darauf zu sehen, daß jede Resolution zuvor erst gründlich in größerem Kreise beraten wird, ehe sie zur Veröffentlichung gelangt. So geschah es bisher mit allen anderen Resolutionen zum Vortheil der Sache, nur bei der Agrarresolution nicht.

Weit bedenklicher war der Gang der Verhandlungen. Dasselbe Verleugnen des Klassenkampf-Standpunktes, dieselbe unsozialistische Auffassung, in der Agitation Kreise gewinnen zu können, die niemals zu gewinnen sind, und wenn sie zu gewinnen wären, nur gewonnen werden könnten mit der Verschleierung oder Verleugnung unseres prinzipiellen Standpunktes als Sozialdemokraten, trat hier in dem Referate Vollmar's hervor. Auf der einen Seite sehr gut und einwandfrei in der Charakteristik gewisser bisher geübter Agitationsmethoden, obgleich er es dabei an Uebertreibungen nicht fehlen ließ, war die Rede in ihrem positiven Theil um so bedenklicher. Und die bedenklichsten Stellen wurden von einem erheblichen Theil der Delegirten am lebhaftesten beklagt, was mir die Ueberzeugung gab, daß auch auf diesem Gebiete ein Maß von Unklarheit herrscht, wie man es bei Sozialdemokraten nicht erwarten sollte.

Auch wurde in der Vollmar'schen Rede weder die Resolution begründet, und daß war gerade seine Aufgabe, da er die prof-

ischen Ausführungen übernommen hatte, während Schoenlant mehr die allgemeinen Gesichtspunkte und die historische Entwicklung der Frage zu erörtern hatte, noch hörte man in seiner Rede etwas von den Elementen, auf die sich unsere Agitation hauptsächlich richten muß, die Dienstboten und Landarbeiter, die Halb- und Kleinbauern, wogegen sehr viel von den Elementen die Rede war, für welche unsere Agitation von geringem Werthe ist, dem eigentlichen Bauernstand, des altbayerischen Hofbauern, des „Gmoamirthe“ — wie Genosse Adler in seinen Artikeln in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sich witzig ausdrückt — und seiner Klientel.

Von den schließlichen Zielen der Partei in bezug auf die Agrarfrage war aber gar keine Rede, es war als wenn dieselben gar nicht existirten. 1870 sprach die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich auf ihrem Kongreß in der Hauptstadt des kleinstädtischen Landes Deutschlands, in Württemberg, offen und rückhaltlos für die kommunistische Wirtschaftsweise auf dem Grund und Boden aus und das gleiche that der Allgemeine deutsche Arbeiterverein. Im Jahre des Heils Eintausendachtundvierundneunzig ging man um diese Frage wie die Kake um den heißen Brei. Das ist der Fortschritt, den wir gemacht.

Ich werde mich an anderer Stelle über dieses Kapitel viel gründlicher ausdrücken.

Unglücklicherweise drängte die Zeit zu rascher Arbeit und so wurde die Erörterung der wichtigsten Frage, die seit vielen Jahren die Partei beschäftigt, Hals über Kopf abgebrochen und der Eindruck des tiefsten Unbefriedigtseins bei jedem geweckt, der gewöhnt ist, ein wenig tiefer den Dingen auf den Grund zu gehen. Während aber die Debatte über die allerwichtigste Frage Hals über Kopf abgebrochen wurde, verdrängte man ein gut Stück der kostbaren Zeit mit einem Antrag, wie dem, dem Impfwang aufzuheben, und führte mit einer Lebhaftigkeit darüber eine lange Debatte, als handelte es sich um die wichtigste soziale Frage des Jahrhunderts.

Meine Regoutirung über den bisherigen Gang der Verhandlungen hing noch bei den Debatten über den babilonischen Streit, deren Resultat war, daß man einem ausgesprochenen Phylister, einem Manne, der von der Sozialdemokratie so viel versteht, wie eine Kuh vom Spanischen, im Besitze eines sozialdemokratischen Landtagsmandats beließ, d. h. einen Nichtparteiemann in der höchsten Ehrenstelle beließ, welche die Partei zu vergeben hat.

Einen weiter deprimirenden Eindruck machten ferner auf mich die Verhandlungen über die gestellten Anträge, wobei es rein vom Zufall abhing, ob ein Antrag angenommen, ein anderer verworfen wurde. Einer unserer tüchtigsten und schärfsten Parteigenossen machte nach dem Parteitag die Bemerkung, er habe den Eindruck gehabt, als sei er in einer Volksversammlung gewesen, in welcher oft der Zufall über Beschlüsse entscheidet.

Ich war von diesen Eindrücken der Zerfahrenheit und Unklarheit so niedergedrückt, daß ich es als eine Erlösung ansah, einer Einladung der Mainzer Genossen zu einer Volksversammlung folgen zu können, die mir die Möglichkeit gab, den Parteitag mehrere Stunden vor seinem Schluß zu verlassen.

Ich ging mit dem Entschluß, bei erster Gelegenheit, die ich bei der Berichterstattung über den Parteitag in Berlin erwartete, mich gründlich anzusprechen über die Eindrücke, die ich in Frankfurt bekommen, die noch verstärkt wurden, als ich, nach hier zurückgekehrt, las, wie namentlich in der „Münchener Post“ unter der Vorgabe, den bayerischen Particularismus zu erklären, derselbe gerechtfertigt wurde, und sogar das Wort von dem Getrenntmarshieren und Vereintschlagen fiel. Neuerdings giebt man in München zu, daß jene Sätze „ungeschiedt“ und „unglücklich gewählt“ gewesen seien.

Ich habe dann wie bekannt gesprochen. Habe ich dabei in Frankfurt gesprochen, so in der klaren Absicht, die Partei zu provoziren, die Augen zu öffnen und Selbstkritik zu üben. In der Erinnerung alles dessen, was sich seit Juni 1891 in der Partei unter der Leitung Vollmar's begeben — und er ist der Einzige in jenem Lager, der mit vollem Bewußtsein und mit Erkenntniß der vollen Tragweite dessen, was er that, so handelt wie er handelt, und dem die Partei mit fast stumpfer Gelassenheit gegenüberstand — schien es mir, daß ein paar Worte zu viel gesagt weit weniger schlimm seien, als ein paar Worte zu wenig.

Daß die Auffassung, die ich habe, in wesentlichen Punkten weit mehr in der Partei getheilt wird, als ich gehofft, ersehe ich nicht nur aus den Urtheilen unserer Presse, die ebenfalls eine Aufstellung der Partei zur Selbstkritik für notwendig hält, ich ersehe es auch aus den zahlreichen Zuschriften, die mir aus den Kreisen der Parteigenossen zuzingen, und mein Auftreten billigen.

Frägt nun Vollmar: Welcher Vebel hat die Wahrheit gesprochen — der vor oder auf dem Parteitag oder der nach demselben?

So lautet meine Antwort:

Der Vebel, der vor dem Parteitag und auf dem Parteitag sprach, hat ebenso die Wahrheit gesagt, wie jener der nach dem Parteitag sprach. Der Unterschied ist nur, daß der Vebel vor dem Parteitag und zu Anfang desselben eine Meinung hatte, die er nach den gemachten Erfahrungen während des Parteitages nicht mehr aufrecht erhalten konnte, er wurde zu einer anderen Auffassung gezwungen, welcher er alsdann nach dem Parteitag, seiner Gewohnheit gemäß, aus seinem Herzen keine Würdergrube zu machen, rückhaltlos Ausdruck gab.

Ob Vollmar nach dieser meiner Antwort noch glaubt, die Beweggründe meines Handelns in „verlehter Eigenliebe“ und „unzugänglicher Rechtshaberei“, in „Selbsherrlichkeit“ und ähnlichen gemeinen und verächtlichen Beweggründen suchen zu müssen, wie er sie mir in seinen Artikeln unterstellt, mag er mit sich selbst abmachen.

Ich gehe meine Wege, unbekümmert darum, was er über mich denkt. Wir Beide wissen wohl gegenseitig, woran wir miteinander sind. Dagegen ist für die Berechtigung meines Urtheils über den Parteitag nicht unbeachtlich das Urtheil, das fast die gesamte gegnerische Presse, in seltener Uebereinstimmung, über den Parteitag fällt.

Vollmar sagt allerdings in Frankfurt und wiederholte es in München: man solle sich an das, was die Gegner über uns sagten, nicht kehren und ja nicht sein Urtheil davon beeinflussen lassen.

Nun, mein Urtheil über die Bedeutung des Frankfurter Parteitages war fertig, als ich Frankfurt verließ, die Gegner haben das meine also nicht influirt.

Aber dennoch bin ich auch in dieser Frage entgegengekehrter Meinung wie Vollmar, der am meisten wünschen muß, daß man die Urtheile unserer Gegner über seine Stellung in der Partei, die von bedenklicher Anerkennung über seine Thätigkeit trafen, innerhalb desselben nicht kolportirt. Die Partei braucht diese Rücksicht nicht zu nehmen. Das Urtheil der Gegner über sie ist nicht maßgebend für sie, aber es ist zu beachten, weil ein kritischer Gegner oft an mir sieht, was ich selbst noch nicht entdeckt habe.

Es ist ein alter Grundsatz von mir, den ich schon oft verfocht: Willst Du wissen, wie Du handelst, so höre, was Dein Gegner über Dein Handeln sagt. Tadelst er Dich, so ist das ein Lob für Dich, lobt er Dich, so ist das bedenklich für Dich, und Du hast alle Ursache, Dich zu prüfen, ob Du nicht einen Fehler gemacht hast.

Nun, dieses Mal war das Urtheil der gegnerischen Presse über den Parteitag von der bürgerlich radikalen bis zu den kirchlichen Blättern ein so einmüthig lobendes und hoffnungsvolles, daß dies der wichtigste Grund für und sein muß, strengste Selbstkritik zu üben. Der altrömische Satz: Videant consules, no quid detrimenti capiat republica (Mögen die Konsuln zusehen, daß dem Gemeinwesen kein Schaden geschieht) muß immer wieder unser Warnruf sein.

Konsuln sollen aber nicht bloß die Parteileiter, die Parteiporgane, Konsuln soll jeder es ehrlich mit der Sache meinnende Parteigenosse sein.

In einem letzten Artikel werde ich untersuchen, wie weit die von mir in bezug auf die Parteizustände gefällten Urtheile den Thatsachen entsprechen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. November.

Ein amtliches offizielles Zentralorgan soll gegründet werden und die Minister und Vorsteher der anderen Zentralstellen sollen gehalten sein, durch dieses Organ ihre Mittheilungen in das Publikum gelangen zu lassen, damit nicht wieder, wie vor kurzem, ein Kampf zwischen den verschiedenen Ministerien ausbrechen könne. Dieser Plan ist so utopisch, wie der des Grafen Caprivi war, der bei Antritt des Reichskanzleramtes versprach, nur den „Reichs-Anzeiger“ zu offiziellem Mittheilungen zu verwenden. Den Miquel und Kollegen werden jederzeit reaktionäre Blätter gerne ihre Spalten öffnen und dieselben werden auch, wenn das amtliche offizielles Zentralorgan zu stande kommt, nach wie vor zu offiziellem Mittheilungen benutzt werden. Die offiziellem Pressebereichen hören erst mit dem Falle des gegenwärtigen Systems auf.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlagen betreffend den Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlen-Bergwerken und über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Walz- und Hammerwerken dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Die Ausschussaufträge zu den Anträgen Preußens und Bayerns auf Abänderung der Gewerbe-Ordnung, zu dem Entwurf von Vorschriften betreffend den Verkehr mit Giften, ferner betreffend den Entwurf von Bestimmungen über die Herstellung einer Konfuzstatistik wurden angenommen. Desgleichen wurde der Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches, des Militär-Strafgesetzbuches und des Gesetzes über die Presse angenommen. Schließlich gelangten die Ausschussberichte über die Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1895/96, über Entwürfe von Etats zum Reichshaushalts-Etat für 1895/96 und zwar des Auswärtigen Amtes und der Reichsschuld, sowie über die Entwürfe von Gesetzen, betr. die Feststellung des Reichshaushalts-Etats 1895/96 und die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheres, der Marine etc. zur Annahme.

Der Abgeordnete Leuß, der bekanntlich wegen Mein-eides verfolgt wird, soll sein Mandat niedergelegt haben. Bei der Hauptwahl im verfloßenen Jahre erhielt der Antisemit Leuß 3809, unser Kandidat 3765, die deutsche Reichspartei 4280 und die freisinnige Volkspartei 2844 Stimmen. Bei der Stichwahl fielen auf Leuß 6879 und auf den Kandidaten der Reichspartei 4332 Stimmen. Die Ausschüßten unseres Kandidaten sind bei einer Nachwahl jedenfalls nicht ungünstig.

Als nationalliberaler Gegner der Ausnahmese-ggebung erklärte sich der Mannheimer Reichstags-Abgeordnete Rechtsanwalt Ernst Wassermann in einer nationalliberalen Versammlung. Herr Wassermann wendete sich gegen den nationalliberalen Parteitag in Frankfurt mit folgenden Ausführungen:

Die Frage, was gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung zu thun ist, ob insbesondere gegenüber den Ausbreitungen des Anarchismus besondere Maßregeln erforderlich sind, ist in der letzten Zeit auf verschiedenen Parteitag erörtert worden, namentlich auf dem nationalliberalen Parteitag in Frankfurt. Dort ist von mir im Einverständnis mit den übrigen Mannheimer Delegirten die Ansicht vertreten worden, daß es eine sehr irrige Anschauung sei, wenn man glaube, durch Polizeimaßregeln die Fortentwicklung der Sozialdemokratie verhindern zu können. Unter dem seinerzeitigen Sozialistengesetz ist die sozialdemokratische Agitation im Geheimen betrieben worden. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß es viel besser ist, wenn die Sozialdemokraten in öffentlichen Versammlungen sagen können, was sie wollen und was sie erkröben, als wenn sie in geheimen Konventikeln und unter der Oberfläche fortgesetzt weiter wählen. Wenn wir heute scharfe Maßregeln gegen die sozialdemokratische Bewegung erlassen, werden diese nur den Spieß haben, daß die gegenwärtigen Streitigkeiten in der Sozialdemokratie sofort verstummen und die Partei sofort wieder an allen Ecken und Enden geschlossen dahebt. Aus diesem Grunde bin ich ein Gegner eines neuen Sozialistengesetzes, sowie der Beschränkung des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Die freie Meinungsäußerung muß unter allen Umständen gestattet werden. Was wir gegen-über der sozialdemokratischen Bewegung thun müssen, ist klar: Nur durch soziale Reformen werden wir die Revolution verhindern, nicht durch Polizeimaßregeln. (Stürmisches Bravo.) Das war das alte Prinzip der nationalliberalen Partei, und an diesem wollen wir festhalten.

Unsere Erfahrungen mit der nationalliberalen Partei berechtigen uns nicht, zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß Herr Wassermann gegen die „Umsturzgesetze“ stimmen werde.

„Die Kurzeigung zum Massenhaß“ ist ein Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ überschrieben, der wir die folgende Stelle entnehmen:

Was sind Feindseligkeiten? Und wo hört die Grenze der erlaubten Aufreizung auf? Schließlich wird überall kein Fortschritt im Völkerverleben erreicht ohne „Aufreizung“, ohne Haß gegen die Miltär, ohne Kampf gegen die Unvernunft; überall muß das Unrecht, das besteht, in langer Fehde aus seinen festen Burgen vertrieben werden. Will man diesen Kampf auf gesetzlichem Boden hindern, dann verthütet man nicht, sondern fördert man den Umsturz.“

Die gute „National-Zeitung“ weint heute Krolodilstränen über die Nichtberücksichtigung der parlamentarischen Parteien und ihrer Führer beim Sturze Caprivi's und Culenburg's, und bei dem Umschwunge in der inneren Politik. Sie bemerkt dabei ganz richtig:

In keinem andern Lande mit konstitutioneller Verfassung wäre es möglich, daß die Führer der parlamentarischen Parteien und dadurch diese überhaupt für 7 1/2 Monate abdankten, und zwar während eine Krisis sich sichtlich vorbereitete, eintret und eine neue Stellungnahme der politisch denkenden Volkstheile forderte.

Daß die nationalliberale Partei, diese rückgratlose, energielose, stets der Regierung zu Dienst stehende Gemüthengarde an diesem Zustand den Hauptheil der Schuld trägt, verschweigt das führende Organ der Partei Drehscheibe wohlweislich.

Der Apotheken-Gesetzentwurf. Der Inhalt der vom Reichsamt des Innern den Einzelregierungen zur Begutachtung zugesellten Grundzüge zum Reichs-Apotheken-Gesetzentwurf dect

sich nach der „Südd. Apothek.-Ztg.“ in wesentlichen mit dem früher bekannt gewordenen Entwurfe der preussischen Regierung. Danach sollen also für die Folge nur persönliche unveräußerliche Berechtigungen ausgetheilt werden. Das würde der königlichen preussischen Verordnung vom Juni d. J. entsprechen. Neu dagegen ist, wie offiziel betont wird, daß die bereits bestehenden, bis jetzt veräußerlichen nicht dinglichen Berechtigungen nach einer bestimmten Zeit unveräußerlich werden. Der festzusetzende Zeitraum dürfte noch Gegenstand weiterer Vereinbarung sein. Für die Bewerbung um eine erledigte Konzeption soll ausschließlich das Approbations-Zeitalter maßgebend sein. Bewerber, die ihre Konzeption der Regierung zur Verfügung stellen, können sich mitbewerben. Realkonzeptionen bleiben nach wie vor veräußerlich, dagegen behält sich die Regierung, eine Art von Veräußerlichrecht in bezug auf die sittliche Befähigung des Käufers vor.

„Die deutsche Pressefreiheit“ ist zwar so durchlöchert, daß man gar nicht für möglich halten sollte, es könnten noch neue Löcher hineingebohrt werden, allein unsere findigen Juristen auf der Richterbank und im Staatsanwaltstalar bringen das Kunststück doch fertig. Der ambulante Gerichtsstand, die Verantwortlichmachung aller bei der Herstellung eines Schriftstücks Beteiligten, die Beurtheilung historischer Aktenstücke als politischer Gegenwartschriften (so daß die Redaktion des „Sozialdemokrat“ wegen Abdruck eines Aktenstückes aus dem Jahre 1848 verurtheilt wurde) — das sind wahrhaftig bedeutende Leistungen binnen weniger Jahre, doch unsere Herren Juristen sind nicht damit zufrieden. Ihr Ehrgeiz treibt sie auf die Jagd nach neuen Vorbeeren. Und da wird denn heute aus Offenbach eine neue Großthat gemeldet. Unser dortiges Partei-Organ, das „Offenbacher Abendblatt“, hatte einem in der gleichen Stadt erscheinenden Blatt, das mit der Zahl seiner Abonnenten prahlte, vorgeworfen, daß es in dieser Beziehung schwindelhafte Angaben mache. Das betreffende Blatt verlagte daraufhin den Redakteur des „Offenbacher Abendblattes“, Genosse Bender, und den Verleger, Reichs- und Landtags-Abgeordneten Ulrich. Der Redakteur bekannte sich als Verfasser und wies nach, daß das fragliche Blatt in der That in den Angaben über seinen Abonnentenstand geschwindelt, das heißt die Unwahrheit gesagt habe. Das Gericht (Schöff) erkannte ausdrücklich an, daß dieser Beweis erbracht sei, und verurtheilte Ulrich sowohl als Bender zu einer Geldstrafe von 100 M. Daß der Beweis der Wahrheit als erbracht angesehen und trotzdem auf strafbare Beleidigung erkannt werden kann, das ist in unserem schwächervigen Deutschland, wo jedes Wort der Kritik, das dem, gegen welchen es sich richtet, nicht gefällt, als Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuchs aufgefaßt werden kann, nichts Ungewöhnliches. Daß aber, wenn der Redakteur eines Blattes sich als Verfasser nennt, und die ganze Verantwortlichkeit auf sich nimmt, dann auch noch der Verleger bestraft wird, das ist neu. Bisher wurden nur bei Nichtfeststellung der Urheberschaft eines angeklagten Artikels in solchen Fällen außer dem verantwortlichen Redakteur auch noch andere am Blatt beschäftigte Personen für verantwortlich betrachtet. In Offenbach ist also ein Fortschritt — nach rückwärts gemacht worden.

Bei dieser Gelegenheit eine Frage: das neue Knebelgesetz bezweckt u. a. auch eine Einschränkung der Pressefreiheit. Was ist — so möchten wir wissen — denn „einzuschränken“, wo nichts ist? —

Das Zeugniß-Zwangsverfahren gegen die Redaktion des „Vorwärts“ in Sachen der Veröffentlichung zweier geheimer Erlasse des Landraths von Niederbarnim wird weitergeführt. Heute wurden unser ehemaliger Redaktionssekretär Roland und unser Redakteur Braun in dieser Sache vernommen. Roland erklärte eidlich, daß er in keiner Weise von den Umständen, unter denen die Aufnahme der betr. Aktenstücke in den „Vorwärts“ erfolgt sei, Kenntniß habe. Braun verweigerte mit Berufung auf § 54 der St.-Pr.O. die Aussage, weil er es für nöthig hielt, daß der Landrath von Niederbarnim amtlich bestätige, daß die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Aktenstücke echte seien und wörtlich genau zum Abdruck gebracht worden sind. In dem Falle, daß die Aktenstücke nicht vollkommen authentisch seien, könnte Braun sich event. selbst einer Beleidigung des Landraths bezichtigen, was ihn zur Ablehnung der Aussage berechtigen würde. — Der beauftragte Richter hat die Gründe der Ausagenverweigerung des Genossen Braun zur Kenntniß genommen.

Bei der Fähigkeit des Niederbarnimer Landraths ist zu gemächtig, daß damit das Verfahren noch nicht beendet ist.

Ausdehnung des Dreiklassen-Wahlsystems. Der hessische Provinzial-Landtag beschloß, ebenso wie vorher bei der Städte-Ordnung, für die Landgemeinde-Ordnung das Dreiklassen-Wahlsystem.

Auch ein Sohn seines Vaters. Fürchterlich „hereingefallen“ ist Herbert Bismard mit seinem Interview. Er erklärte dasselbe bekanntlich für erfunden. Das hat nun der englische Journalist, dem er die Geheimnisse seiner beutelustigen Sekte indiscret anvertraute, nicht auf sich sitzen lassen und in der „Pall Mall Gazette“ folgenden Schreib-brief veröffentlicht:

„Da Graf Bismard heute für gut findet, meine Unterhaltung mit ihm abzuleugnen — immer eine peinliche Sache zwischen einem aus Zweckmäßigkeitsgründen handelnden Diplomaten und einem wahrhaftigen Korrespondenten, — so bitte ich den Herrn Grafen, sich zu erinnern, daß der Direktor jenes Hotels ihn auf meine Bitte zu mir heraufrief, und daß sowohl dieser Hotel-direktor, wie ein bekannter Herr aus Amerika, der anwesend war, sicherlich meine Begegnung und Unterhaltung mit ihm bestätigten werden, wie in der Nr. vom 20. d. berichtet. Ich bedauere, ihn daran erinnern zu müssen, daß das keineswegs „eine grobe Täuschung“ war. Er hat jedes Wort des Interviews gesagt und noch mehr, was ich zu verschweigen für gut hielt. Ich bin kein Fremder für den Grafen, und so kann er auch nicht die Unterredung vergessen haben, die ich nach der „historischen Abdankung“ des Eisernen Kanzlers in Kissingen mit ihm hatte, die zu beiden Seiten des Rheines und in Amerika mitgetheilt wurde, ohne Widerspruch zu finden. Auch kann er den Brief nicht vergessen haben, den er mir später sandte infolge einer starken Kritik deutscher Blätter über seine Kolonialpolitik in den „Tagen der Nacht“, und auch kann er nicht vergessen haben unsere letzte Begegnung im Berliner Kaiserhof, im Besaale vor etwa zwei Jahren, wo er zur Jagd bei einem Bekter reiste.

Wohl möglich, daß die späte Stunde unserer Begegnung — es war fast Mitternacht — und die angenehmen Erinnerungen an einen Abend bei Reng seinen Geist am folgenden Tage auf der Reise nach Paris beeinflusst haben, aber keinerlei Zweifel besteht auch nur über ein einziges mitgetheiltes Wort, so daß ich zur Befähigung die Namen der Anwesenden nennen und den Brief eines bekannten Herren, der

unserer Unterredung beizuhelfen, mittheilen müßte, wenn Se. Excellenz die Thatsache weiter leugnen sollte. London, 26. November.

Das ist bitter. Und Herr Herbert Bismarck wird nun wohl eingesehen haben, daß man nicht bloß in der Wahl seines Vaters vorsichtig sein muß, sondern auch in der seines Interviewers. Oder man darf nicht vorher bei Reiz „angenehme Erinnerungen“ gesammelt haben.

Zwei Feigen, die der „Unterredung“ beizuhelfen, hat der englische Journalist beiläufig schon genannt: darunter Wilhelm Bismarck, den Bruder des Reingefallenen. Armer Herbert! —

Wie Moses Mendelssohn von der Einquartierung befreit wurde: also betitelt sich ein Leitartikel des „Stöcker'schen Volk“. Wir finden darin folgenden für die Zeitgeschichte recht charakteristischen Brief des bekannten jüdischen Philosophen, der seinem Freund Lessing das Urbild des Nathan war:

Alledurchsichtigster usw.
Um nach Euer Königl. Majestät allergnädigster Intention neben meinen Brotgeschäften auch ein bißchen der Wissenschaft obliegen zu können, habe ich es dahin gebracht, daß ich die Beforgung der Seiden-Manufakturgeschäfte, wovon ich lebe, in meinem Hause verrichten kann. Zu solchem Ende habe ich in der Spandauer Straße belegene vormals Pa.-fische, anjezt der verehelichten Menerin, geborenen Ephraim zugehörige Haus Nr. 345 (jetzt Spandauerstr. 68 dem Weinbändler Becker gehörig) auf 10 Jahre gemietet und die Manufaktur-Kasse, Skripturen und was sonst zum Komtoir gehörig, dahin transportiren lassen. Wenn nun in diesem engen Häuschen kein Raum geblieben, auch im übrigen nicht thöricht ist, neben einem so wichtigen Komtoir Einquartierung einzunehmen, so erlaube ich mich unterthänigst zu bitten: Euer Königl. Majestät wolle allergnädigst geruhen, dieses kleine Haus, so lange das Komtoir zur Seidenwaaren-Fabrique darin ist, von aller Einquartierung zu dispensiren.
Ich ersuche
E. K. M.
Moses Mendelssohn,
Schuhjude hieselbst.

Berlin, 28. August 1766.

Weshalb nun hat das Organ des Wahrheitsfreundes Stöcker diesen Brief veröffentlicht? Natürlich nicht aus „historischem Interesse“. Ein Stöcker braucht realistischere Beweggründe. Ein Dezerent behauptete, Mendelssohn sei gar nicht „Seidenfabrikant“, sondern nur „Buchhalter eines Seidenfabrikanten“, das Gesuch sei also abschlägig zu befehlen. Ein anderes Dezerent kam jedoch zu dem entgegengesetzten Resultat und zwar so durchschlagend, daß Mendelssohn wirklich von der Einquartierung befreit wurde. Für den Stöcker oder Stöckerling besteht aber nur jenes, unrichtig erklärte Dezerent, und er schließt aus demselben, daß Mendelssohn ein sehr unpatriotischer und von niedrigen Triebfedern bewegter Mensch gewesen sei, und dadurch seinen jüdischen Ursprung betundet habe.

Echt stöckerisch. Daß ein „Schuhjude“ der kein Recht im Staate hatte, sondern bloß geduldet wurde, als Rechtloser schon das Recht hatte, lästige Staatspflichten von sich zu weisen, das geht selbstverständlich über den Horizont eines Stöcker hinaus. —

Bismarck. In einer früheren Notiz erwähnten wir des bekannten heftigen Predigers und Literaturhistorikers Bismarck, der einst auch als „neuer Luther“ gegläntzt hat, und läßt bei dieser Gelegenheit an, daß derselbe sich abscheulicher Sittlichkeitsvergehen schuldig gemacht habe. Von einem und als Ehrenmann bekannten Verwandten des längst verstorbenen Bismarck erhalten wir nun ein formelles Dementi dieser Nachricht, die in den 50er Jahren unter den deutschen Flüchtlingen allgemein verbreitet war. Wir nehmen von diesem Dementi Akt und werden das Ergebnis der von uns eingeleiteten Nachforschungen ungesäumt mittheilen. Wenn wir falsch unterrichtet, so werden wir thun, was Ehre und Pflicht uns gebieten. —

Die österreichischen Liberalen und die Wahlreform. Eine Wiener Depesche meldet:

Gestern Abend wurde im Klub der Linken lebhaft über die Wahlreform diskutiert. Fast alle Redner plaidirten für die Errichtung einer einheitlichen fünften Curie für die industriellen Arbeiter und Mindestbesuerten. —

Ein sensationeller Wahlfälschungs-Prozess spielt sich gegenwärtig in Toulouse (Südfrankreich) ab. Wir werden über den Prozess, der auf das politische Leben in der französischen Bourgeoisrepublik manches interessante Schlaglicht wirft, ausführlich berichten. —

Robin, der von dem französischen Unterrichtsminister so schmächtig verleumdete Direktor des Waisenhauses von Compuis, steht glänzend gerechtfertigt da. Der junge Mensch — Machu —, der sich geblöckel gegen Schülerinnen vergangen hat — jedoch lange nicht in dem Maße, wie angeendet wurde — war, als er dies that, 15 Jahre alt; auf Bitten der Familie, einer ehrenfesten Proletarierfamilie, die versprach, daß das Büßchen nun zu einem Töchterlein in die Lehre kommen solle, unterließ Robin es, den Entlassungsgrund in das Zeugniß zu schreiben. Und jetzt liegt ein Brief des Maires der Gemeinde vor, in der Machu lebt, und aus diesem Briefe erhellt, daß der junge Taugenichts ein braver Mann, ein fleißiger Arbeiter und nächstliches Glied der Gesellschaft geworden ist, was nicht der Fall hätte sein können, wenn Robin ihm durch Veröffentlichung seiner Jugendsünde die ganze Lebensbahn verdorben hätte. Der vergiftete Pfeil, den das französische Bourgeoisministerium, um seine feige Maßregelung zu rechtfertigen und einen politischen Gegner moralisch zu vernichten, auf Robin aus dem Hinterhalt abgeschossen hat, ist somit auf die niederträchtigen Schützen zurückgeprallt. —

An willfährigen Richtern ist in Italien kein Mangel, wohl aber an Gerechten. Herr Crispi scheint es durch seine dienstfertigen Richter wirklich fertiggebracht zu haben, den Panamino-Prozess einzustellen und den Urkundenunterschlagler und früheren Ministerpräsidenten Giolitti vor dem Gefängnisse retten zu lassen. Aus Rom wird nämlich telegraphirt:

Die „Opinione“ meldet als verbürgtes Gerücht, der Prozess wegen Beseitigung von Dokumenten in dem Banca Romana-Prozess sei wegen Mangels an Beweisen heute eingestellt worden. Der Panamino-Skandal ist damit freilich bloß formell beendet. Aber das italienische Volk wird sich dabei nicht beruhigen, sein Haß und seine Verachtung gegen die Crispi und Giolitti wird durch diesen unsauberen Streich bloß gesteigert werden. —

Der sozialistische Abgeordnete Prof. Ferri, über dessen Maßregelung durch Ehren-Crispi wir in einer

unserer letzten Nummern berichtet haben, hat an den Chefredakteur des „Secolo“ folgendes Schreiben gerichtet:

Fiesole, im November 1894.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Da Ihr Blatt über meine jüngst erfolgte Vertreibung von dem Lehrstuhl für Strafrecht in Pisa berichtet hat, drängt es mich, die Thatsachen festzustellen. Zwei Jahre lang hat die Fakultät in Pisa, ein edles Beispiel von Liebe zur wissenschaftlichen Lehrfreiheit gebend, für mich gekämpft und endlich im Jahre 1892 bei dem Minister Villari meine Ernennung zum ordentlichen Professor für den Verbstuhl, den einst Cornignara und Carrara (sehr bedeutende italienische Strafrechtslehrer) inne hatten, durchgesetzt! Vor einiger Zeit verlangte jedoch die sozialistische Partei, der ich mich inzwischen angeschlossen hatte, daß ich als ordentlicher Professor meine Entlassung nehme, und daß ich auch, erbot mich jedoch, ohne Gehalt weiter unterrichten zu wollen. Der Minister Bacelli nahm mein Anerbieten an, weil man mit Professoren, die zugleich Abgeordnete waren, stets so verfuhr, und weil ich auch im vergangenen Schuljahre an der Universität Pisa unsonst Vorlesungen hielt. Im Juli d. J. aber, als die Fakultät, wie üblich, die im letzten Verjahre erfolgten Ernennungen bestätigen sollte (was immer nur eine bloße Formalität ist), stellte Professor Supino den Antrag, man möge mir diese Bestätigung verweigern; aber die Fakultät beschloß, die Entscheidung bis zum November d. J. hinauszuschieben. Von diesen Vorgängen erhielt ich niemals eine amtliche Mittheilung, und ich wußte nur, aus zweiter Hand, daß man zwei Gründe gegen mich ins Feld führte: die geringe Zahl meiner Vorlesungen und die vom Rathgeber aus getriebene politische Propaganda. Zur Abwehr des ersten Vorwurfs berufe ich mich auf das Universitätsregister, welches beweist, daß ich im vorigen Jahre 28 anderthalbstündige Vorlesungen hielt, die 42 einstündigen Vorlesungen gleichkommen; ich bemerke dabei, daß die Rechtslehrer jedes Jahr etwa 50 Vorlesungen halten. Der Unterschied ist also unbedeutend, und ich füge noch hinzu, daß ich an Festtagen mit den Studenten Irrenhäuser und Gefängnisse besuchte. Ich glaube nicht, daß irgend ein Professor, der zugleich Abgeordneter ist, eine größere Anzahl von Vorlesungen hält. Was nun die politische Propaganda beim Unterrichte angeht, so fordere ich jedermann heraus, auch nur einen einzigen Beweis dafür zu erbringen, im Gegentheil habe ich in diesem Jahre an der Universität nichts anderes gethan, als das Strafrechtbuch, Artikel für Artikel, zu erläutern. Außerhalb der Universität hatte ich dagegen in Pisa einen Zirkel für soziale Studien begründet, an welchem sich noch andere Professoren beteiligten, und der nicht einmal bei der jüngst erfolgten Auflösung der sozialistischen Vereine Anstoß erregte. Hier behandelte ich allerdings die Geschichte der sozialistischen Idee. Diese Vorträge und meine Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei (in Pisa giebt es auch einen „katholisch-sozialistischen“ Professor, der nicht im geringsten belästigt wurde, und das ist gut) sind also die einzige wahre Ursache meiner Ausschließung von der Universität Pisa. Man bemerke, daß die Fakultät sogar den Antrag des Prof. Mortara, man möge mir wenigstens den Beschluß vom Juli d. J. mittheilen, unter dem lächerlichen Vorwande, daß „das mir Verdruß bereiten könnte!“ zurückwies. So wurde ich durch eine wahre Hinterlist der Lehrthätigkeit beraubt. Und ich will mich darüber gar nicht; denn wenn ich schon, als ich nur in der Wissenschaft ein Keher war, bei den Universitäts-Wettbewerben ein Leidensopfer durchgemacht und überall zurückgestellt wurde, war es voranzusehen, daß man, da ich nun auch in der Politik ein Keher geworden bin, den Universitäts-Voyott hinzuzufügen werde, wie in wenigen Tagen auch die gerichtliche Verurtheilung folgen wird. Es ist ein sprechendes Beispiel von jenem Klassenkampfe, der es mit sich bringt, daß der, der das Messer am Griff hält, es, so lange er kann, zu seinem Vortheile benützt. Und ich will mich gegen die Wahrheit dieses historischen Gefes nicht auflehnen, weil ich jetzt zufällig persönlich davon betroffen werde, nachdem es so viele bekannte und unbekante Opfer gefordert hat. Ich will nur, daß das Publikum die wirklichen Thatsachen kennen lerne und behalte das Urtheil über dieses Beispiel von feigem Servilismus, das glücklicherweise in den Annalen der italienischen Hochschulen einzig dasteht, für mich.

Ich danke Ihnen für die Aufnahme dieses Schreibens.

Enrico Ferri.

Die „Abnungen“ unseres Genossen Ferri sind inzwischen eingetroffen. Er wurde am 25. d. M. vom Polizeigerichte in Mantua zu 75 Tagen Verbannung nach Siena verurtheilt; mit ihm wurden noch acht andere Sozialisten verurtheilt. Den Verurtheilten wurde von einer großen Volksmenge eine glänzende Ovation dargebracht; viele riefen: „Hoch der Sozialismus! Nieder mit Crispi!“ Dem Diktator in Rom müssen die Ohren gelingen haben. —

Von den nordamerikanischen Truften, den ausgebildeten Kartellen, wird aus New-York gemeldet:

Präsident Havemeyer vom Zuckertrost erklärt, die Differenz zwischen rohem und raffinirtem Zucker sei unter dem neuen Tarife so gering, daß der Truist es billiger finde, die Raffinerien zu schließen. Diefelben würden geschlossen bleiben, bis der Markt die Wiederaufnahme des Betriebes rechtfertige.

Dies heißt 50 000 oder noch mehr Arbeiter werden brotlos gemacht, lediglich um durch einen Druck auf die Regierung eine Aenderung der Zollpolitik durchzusetzen. Man sieht, welche Macht das konzentrierte Kapital hat und wie schamlos es dieselbe zum Schaden der Konsumenten und Arbeiter ausnützt. —

Vom chinesisch-japanischen Kriege. Dem „Neuer-schen Bureau“ wird aus Hiroshima vom heutigen Tage gemeldet:

Nach hier eingegangenen Nachrichten hat die erste japanische Armee in der Mandchurie die Chinesen bei Motienling geschlagen. Der Verlust der Japaner wird auf 40 Tode und Verwundete angegeben, die Verluste der Chinesen sollen sehr bedeutend sein.

Wie die „Times“ aus Tschifu vom 27. d. M. melden, bestätigt es sich, daß auf beiden Seiten der Krieg führenden Parteien Grausamkeiten begangen wurden. Zahlreiche japanische Gefangene sind enthauptet oder verkrüppelt aufgefunden worden; daher gaben die Japaner bei einem darauf folgenden Blutbade keinen Gerdon.

Das „Neuer-sche Bureau“ erzählt aus Washington von gestern, daß China dem amerikanischen Gesandten in Peking formelle Friedensvorschläge übermittelt habe. Diefelben werden von dem amerikanischen Gesandten in Tokio der japanischen Regierung unterbreitet werden. In Tschifu verkündet, daß die japanische Regierung die Annahme einer Kriegentschädigung von 40 Millionen Pfund Sterling (800 Millionen Mark) ablehnte und eine solche von 50 Millionen (eine Milliarde Mark) nebst Vergütung aller Kriegskosten verlangt.

Wie die „Times“ aus Cbefoo melden, ist Admiral Freemantle mit 50 seiner Offiziere in Port Arthur aus Land gestiegen. Es behält sich, daß sowohl von chinesischer als auch von japanischer Soldaten bei der Einnahme Port Arthurs die schrecklichsten Gräueltaten verübt wurden.

London, 29. November. Aus Tokio wird berichtet, daß der chinesische Spezialgesandte, welcher mit der japanischen Regierung in Unterhandlungen treten sollte, nach Tientsin zurückgeleitet ist, da der japanische Premierminister es abgelehnt hat, mit einer Personlichkeit, welche ihm im Range nicht gleichsteht, zu unterhandeln. Im Uebrigen erklärte die japanische Regierung sich bereit, annehmbare Friedensvorschläge akzeptiren zu wollen.

Parlamentarisches.

Die Präsidentschaftswahl im Reichstage wird in der zweiten Plenarsitzung vollzogen werden. Man ist, wie ein Berichtserfasser meldet, in den Kreisen der Parlamentsmajorität schon jetzt der Ansicht, daß die Wiederwahl des früheren Präsidents (von Levetzow, Freiherr v. Vuol, Dr. Büchlin) stattfinden wird. Die meisten Fraktionen haben bereits ihre ersten Sitzungen angefangen.

Stärke der Reichstags-Parteien. In die neue Reichstags-sitzung werden die Fraktionen in nachstehender Stärke eintreten: 62 Deutschkonservative (v. Levetzow mitgerechnet), 28 Reichsparteiler, 15 deutschsoziale Reformpartei, 100 Centrum, 19 Poler, 52 Nationalliberale, 14 freisinnige Vereinigung (Dr. Pachtke als Hospitant beigetreten), 23 freisinnige Volkspartei, 11 süddeutsche Volkspartei, 46 Sozialdemokraten, 26 bei keiner Fraktion.

Gewerkchaftliches.

An die Tabakarbeiter Deutschlands! Kollegen und Kolleginnen! Noch wenige Tage und der Reichstag tritt zusammen; die Mehrbelastung des deutschen Volkes wird durch entsprechende Vorlagen der Reichsregierung jedem Arbeiter vor Augen geführt. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, dieses Vorgehen der Regierung zu bekämpfen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß die Kosten der von diesem Reichstage bewilligten Militärvorlage auf wirklich tragfähige Schultern gelegt werden und nicht auf die Schultern der Armen: nicht durch Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern.

Wenn es nun Pflicht jedes Arbeiters ist, dieses System der indirekten Steuern zu bekämpfen, umso mehr ist es heilige Pflicht eines jeden Tabakarbeiters, einer jeder Tabakarbeiterin, sich mit allen Kräften zur Wehre zu setzen gegen die in Aussicht stehende Mehrbelastung des deutschen Volkes, denn der Schwerpunkt der ganzen Steuervorlagen, das Rückgrat derselben, wird die Tabak-Fabrikatsteuer, diese ins Ungemessene ausgebehrte Erhöhung der jetzt schon so hohen Belastung des Tabaks, bilden. Kollegen und Kolleginnen! Wir brauchen Euch wohl nicht weiter ausführen, welche Folgen die Annahme dieses Regierungsvorlages für die ganze Tabakindustrie zeitigen würde. Euch nicht zu schildern, wie Eure Lage nach Annahme dieses Entwurfes werden würde, wie Ihr zu Zehntausenden auf die Landstraße gesetzt und der großen kolossalen Reserve-Arme zugewiesen würdet, die jetzt schon die Landstraße sowie die Arbeits-nachweiskstellen der Städte, sowie deren Wärme- und Wartehallen bevölkert. Wir brauchen Euch nicht zu schildern, wie dieses Gespenst der Arbeitslosigkeit einen jeden von Euch bedroht, ob jung oder alt, ob gesund oder zu den ungezählten Tausenden von Krüppeln zugehörig, welche in unserer Industrie Aufnahme und bis jetzt auch ihr kümmerliches Brot gefunden. Nein, dieses Alles habt Ihr schon seit Jahren gewußt. Der Zweck dieses Auftrages ist: Euch nochmals und abermals aufzufordern, noch in letzter Stunde an die Vertreter Eurer Wahlkreise im deutschen Reichstage heranzutreten, ihnen noch einmal vorzuführen, welche Verantwortung sie auf ihre Schultern laden würden, wenn sie unermessliches Unheil die Folge sein würde, wenn die projektirte Tabak-Fabrikatsteuer durch ihr Verhalten als Gesetz proklamirt und die Tabakindustrie ihr Todtenlied anstimmen müßte, Tausende sich mählig schon jetzt durch's Leben schleppende Tabakarbeiter dem Elende, dem Hunger preis gegeben würden. Ferner habt Ihr diesen Herren vorzuführen, daß die Vernichtung der Tabakindustrie, die Verminderung der Verdienste von Hunderttausend und mehr Arbeiter einen ganz gewaltigen Rückschlag auf alle anderen Industrien ausüben muß und sich in Schwämmerung des Verdienstes der übrigen Arbeiter, als einen Rückgang der gesamten Erwerbs-Verhältnisse, als einen kranken Zustand im gesamten Volksleben darstellen wird. Hier ist auch die Stelle, wo jeder Arbeiter ohne Unterschied des Berufs einzusehen verpflichtet ist. Gilt es doch vor allem, sich gegen eine Verschlechterung der Gesamtlage der Arbeiter zur Wehre zu setzen und da muß auch jeder am Platze sein. Arbeiter Deutschlands! Steht fest zusammen, nicht die Interessen der Tabakarbeiter allein, nein, auch Euer eigenes, Euer heiligstes Interesse steht auf dem Spiele! Helft uns, damit auch Euch geholfen werde; denn bei den stetig steigenden Kosten für den Militarismus wird der Ertrag der Tabak-Fabrikatsteuer nicht auf die Lauer genügen, und die Regierung wird noch weitere Zweige der Industrie mit Steuern belasten müssen, um dem Moloch Militarismus Genüge leisten zu können. Der Appetit wächst bekanntlich mit dem Essen, und früher oder später würde noch manche andere Industrie dem Moloch tributpflichtig werden. Deshalb hat jeder Arbeiter voll und ganz seine Schuldigkeit zu thun; die Tabakarbeiter haben deshalb in allen Versammlungen ihrer Orte die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß es auch in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie mit uns gemeinsam gegen die drohende Mehrbelastung des deutschen Volkes Front machen.

Kollegen Deutschlands! Thut Eure Schuldigkeit!

Die Kommission der Tabakarbeiter Berlins.

Alle Arbeiterzeitungen und arbeiterfreundlichen Blätter werden um gefl. Abdruck ersucht.
Den Tabakarbeitern Berlins gleichzeitig zur Nachricht, daß am Sonntag, den 2. Dezember, Vormittags 10 Uhr, bei Neßl, Weberstr. 17, eine große öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter stattfindet, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Aug. Bebel einen Vortrag halten wird über: Die in Aussicht stehende Mehrbelastung des deutschen Volkes; insbesondere die drohende Tabak-Fabrikatsteuer. Zudem wir hierauf aufmerksam machen, bitten wir gleichzeitig, frühzeitig auf dem Platze zu sein, indem ein großer Zuspruch zu erwarten steht und frühzeitig begonnen werden muß. (Näheres s. Inserate.)

Die streikenden Bremer Hafnarbeiter hielten am Sonnabend eine Versammlung ab, in welcher nach eingehender Berathung gegen sechs Stimmen beschlossen wurde, den Streik weiterzuführen. Die Arbeit bei Schindlers soll nicht eher wieder aufgenommen werden, bis er den Forderungen der Anständigen nachgegeben ist, bis er vor Allem erst diejenigen in Arbeit nimmt, die dem Verein der Hafnarbeiter angehören. Im Ausstande sind jetzt noch 70 Mann, einige sind abgereist, der größere Theil hat anderweitig Beschäftigung gefunden. Die Stimmung der Streikenden ist noch die denkbar günstigste, so daß auf einen Sieg zu hoffen ist.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 29. November. Heute haben die letzten Stichwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung stattgefunden. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge sind 2 Kandidaten der demokratisch-sozialistischen Liste und 2 Nationalliberale gewählt worden.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Frankfurt a. M., 29. November. Die Fernsprechklinie Frankfurt a. M. — Berlin wird Anfang nächster Woche eröffnet. Belgrad, 29. November. Der Kultusminister hat die Regierung der Rädeisführer bei dem gestrigen Studentenkravalle angeordnet und die eventuelle Schließung der Universität in Aussicht gestellt.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboikotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nicht mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreiunddreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreiunddreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Fackel verlangt die Vernichtung von weiteren dreiunddreißig Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

ehroloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unüberstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appellieren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thätkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh angenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, C. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Wüggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Nathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jub. Max Demhardt, N.W., Hannoversche Str. 18a, Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Geiser, N., Liefenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D., Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermaistr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 83.
- Brauerei Danz, Freienwalde a. D., Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage Gust. Spiekermann, Krausstr. 48, Tel. VII. 1487.
- Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin, Niederlage Marten, Bellermaistr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Lokales.

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen von den hierzu beantragten Kontrollleuten bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Max Bading Weuthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute Abend von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Judiskretionen und dem Verein der Weißbier-Wirthe. Die letzte unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit tagende Sitzung zerfiel in zwei Theile. Gegenstände mehr geschäftlicher Art, untermischt mit Klagen über Geldmangel, Niedergang der Opferwilligkeit u. s. w. wurden vorweg behandelt. Danach kam der dramatische Theil des Programms zu Gehör. Auf die Bretter, welche die Welt bedeuten, trat ein Mann mit einer Papierrolle, ließ seine Blicke wild im Kreise schweifen und begann mit einer Pose, würdig eines Barnab, zu deklamieren: über den Umwurf des Boykotts und die Reform der bestehenden Gesellschafts-Ordnung, über die ruchlose Sozialdemokratie im allgemeinen und über den Verbrecher im besonderen, der ihn, den Deklamator, „Bombenlopf“ (nicht Bombe, wie der böse „Vorwärts“ gemeint) genannt hatte. Mit seltener Schönheit wurde auch der Theil der Rolle vorgetragen, wo von dem Ueberfall durch zwei Frösche — so nennt man die kleinen Feuerwerkskörper — die Rede ist; die, wie unsere Leser sich erinnern, vor kurzem dem Gastwirth Poppaschemsky, Königsbergerstr. 34, so sehr erschreckten. Wie gebannt hingen aller Augen an den Lippen des Redners, als er mit unheimlicher dramatischer Gestaltungskraft ausmalte, welche Gefahren durch derlei böshafte Geschöpfe aus dem Laboratorium der Sozialdemokratie entstehen könnten. . . . Leider gelang es nicht, so hob der Mann mit der Rolle nach einer kleinen Kumpause wieder an, die Hintermänner dieses furchtbaren Attentats dingfest zu machen, aber ich, der getreue Staatsbürger, Zigarrenhändler, Gast- und Weißbierwirth Poppaschemsky, ich bot meine treue Familienwörterbrust dem heimtückischen Feinde dar und — sandte eine Beschwerdeschrift an die hohe Polizei ab. Natürlich ist das keine Denunziation, denn ich sage darin bloß, daß in meiner nächsten Nähe sich ein Restaurant befindet: das Hauptquartier des Umsturzes; von dort aus werden Flugblätter vertheilt und Anschläge gegen meine Person ausgebrütet, die deshalb besonders beachtenswerth sind, weil in meinem guten Lokal anständige Leute und gelegentlich schwangere Frauen rewertehren.

Also sprach der Redner und trat ab, nachdem er feierlich geschworen, niemals seine Knie zu beugen vor der blutdürstenden Boykottpartei, sondern fest zu stehen als Ritter St. Georg im Kampfe mit dem Biehdämon. Es war ein sehr schöner Abgang! In die allgemeine Begeisterung jedoch löste plötzlich die Klingel und die Stimme Kudenburgs, mit der flehentlichen Bitte: „Meine werthen Kollegen! Wir dürfen nicht mehr politisch werden. Gleich meinem geschätzten Freunde Feuerstein vom Gastwirth-Verein ist auch mir die Weisung zugegangen, daß zu verhindern, wenn wir nicht wollen, daß unsere Zusammenkünfte als öffentliche Versammlungen betrachtet und behandelt werden.“

Wohl bäumte sich der Stolz der Weißbierwirthe und Steuerzahler noch etwas gegen dieses Ansinne auf, aber die Drohung mit dem Schutzmantelhelm that ihre Dienste. Der unterhaltende Theil im Programm erreichte mit dem Auftreten des berühmten E. sein Ende.

Die Wirkung des Boykotts bespricht der Geschäftsbericht der Viktoria-Brauerei in folgendem:

Wir haben im Geschäftsjahre 1893/94 46 557 Hektoliter gegen 49 157 Hektoliter im Vorjahre verkauft, mithin einen Minderabsatz von 2680 Hektolitern (im Preise von etwa 64 500 M. D. M.) gehabt. Dieser Rückgang in der Verkaufsziffer ist lediglich durch Ursachen allgemeiner Natur herbeigeführt worden. Wir rechnen hierzu neben der ungünstigen Witterung der Sommermonate den über uns gleich anderen Berliner Brauereien verhängten Boykott und nicht zum mindesten die noch immer andauernde Depression im Erwerbseben, unter welcher besonders die für das Gedeihen der Brau-Industrie so wichtige baugewerbliche Thätigkeit in Berlin zu leiden hatte. Die verminderten Absatzziffern entfallen ausschließlich auf die Sommermonate, während bis dahin der Verkauf demjenigen des Vorjahres nicht nur gleich geblieben war, sondern eine erfreuliche Steigerung aufwies. Es mußte aber in dem abgelaufenen Geschäftsjahre ein rückgehender Absatz um so einschneidender auf das finanzielle Ergebnis wirken, als er mit einer ungünstigen Konjunktur des Rohmaterialien-Marktes zusammentraf. Während hohe Preise für Malz und Hopfen die Fabrikationskosten an und für sich steigerten, vertheuerte der verminderte Absatz den Durchschnittsfaktor der allgemeinen Betriebskosten.

Es ist der Viktoria-Brauerei augenscheinlich darum zu thun, die Wirkung des Boykotts möglichst harmlos hinzustellen. Sehr geschickt ist sie nicht in diesem Bemühen. Denn die Depression im Erwerbseben äußert sich, so schlimm sie auch ist, doch namentlich im Baugewerbe am schwächsten während der Sommermonate, von denen aber gerade berichtet wird, daß auf sie im Gegensatz zu der bis dahin bemerkbar gewesenem Steigerung des Absatzes die „verminderten Absatzziffern“ entfallen seien!

Die fatale Wirkung des Boykotts spiegelt sich noch in folgenden Ziffern wieder: Der Brutto-Ueberchuß betrug 169 394 M. (Vorjahr: 203 441 M.), wovon 141 774 M. (gegen 76 829 M.) Abschreibungen bleibt ein Nettogewinn von 104 720 M., wovon 5 pCt. Dividende (80 000 M.) vertheilt und 10 288 M. für die Reserven verwandt werden. Im vorigen Jahre betrug die Dividende 8 pCt.

Das verd. . . . nasse Wetter!

Die Wirkung des Boykotts hat auch die Waldschloßchen-Brauerei in Dresden entsprechend zu kosten bekommen. Während im Vorjahre 18 pCt. gezahlt werden konnten, sollen für dieses Jahr 10 pCt. in Vorschlag gebracht werden. Der erhebliche Rückgang der Dividende ist, wie der „Börsen-Courier“ schreibt, ausschließlich auf den Geschäftsausfall zurückzuführen, den der Boykott der Sozialdemokratie verursachte. Die Waldschloßchen-Brauerei hat bekanntlich das bessere Theil erwählt und sich mit der Dresdener Arbeiterschaft verständigt. Die Arbeiter Berlins werden, angespornt durch ihre zahlreichen Erfolge an dem Geldbeutel der Brauerei-Aktionäre, weiter mit Umsicht und Eifer ihre Pflicht thun, bis auch die Berliner Ringbrauer Vernunft angenommen haben.

Komisch macht es sich, wenn die „Vossische Zeitung“ als Vertreterin der Ringbrauer angesehen wird von ihr selber tagtäglich im Börsenteil konstatierten unverminderten Psichiteifers der Arbeiter von einer Versumpfung des Boykotts faselt. Mit hysterischem Gezappel thut die komische Alte dies in folgender Art:

„Der zur Versumpfung neigende Bierderrus soll jetzt wieder durch Mittel in Fluß kommen, die vielleicht im Beginn des Feldzuges gegen die Ringbrauereien wirkungsvoll gewesen

sind. Die nächtliche Rothmalerei wird wieder mehr und mehr bemerkt, die sich an Privateigentum (schrecklich, schrecklich!) versündigt. Wie früher Biertrüge, Straßenbrunnen und Säune zum höheren Ruhm des Biertriegs beschmiert wurden, so sind jetzt u. a. die Anzeigenschilder am Eingang des Gregory'schen (früher Adler-) Brauereilokals auf dem Gesundbrunnen mit dem Worte „Ringbier“ in fußgroßen rothen Buchstaben übermalt worden. Auch die Sandsteinbrüstung der Friedrichsbrücke ist an drei Stellen besudelt worden.“

Wie froh würden die Ringbrauer und ihre Organe sein, wenn das ihre einzigen Schmerzen wären!

Warnung. In letzter Zeit wurde, wie man uns berichtet, von Bierreisenden oder Brauereivertretern bei verschiedenen Gastwirthen der Versuch gemacht, diese zu veranlassen, wieder boykottirtes Bier zu nehmen. Auf die Entgegnung eines Gastwirths, daß er kein boykottirtes Bier führen könne, wurde ihm (in diesem Falle betrifft es die „Aktien-Brauerei Moabit“) die Antwort zu theil: „Das ließe sich machen. Der Wirth würde nur Gefäße mit einem M. gestempelt erhalten und könnte sich dann damit austreten, sein Bier von einer anderen nichtboykottirten Brauerei geliefert zu erhalten.“ Als der Wirth dafür dankte, sich auf solche saule Geschichten einzulassen wurde ihm entgegengehalten, daß andere Wirths nicht so bedächtigt seien, sondern mehrfach auf ein solches Anerbieten eingegangen wären.

Bis jetzt ist noch kein Gastwirth bei diesem neuesten Schwindel betroffen worden; es ist daher möglich, daß man es hier nur mit einem Versuch zu thun hat. Jedenfalls wird es notwendig sein, daß die Kontrolle von Seiten der Genossen recht aufmerksam vorgenommen wird. Dann wird auch dieser Versuch, das Boykottbier los zu werden, selbstschlagen. Die Gastwirthe begingen übrigens eine Dummheit, wenn sie sich um eines augenblicklichen Vortheils willen der Gefahr aussetzen wollten, ihre Kundenschaft zu verlieren.

Von anderer Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß man vielfach in den Kreisen der Genossen annimmt, daß unter dem Namen „Münchener Bürgerbräu“ verkaufte Bier sei boykottfrei.

Es ist dies ein Irrthum. Dieses Bier stammt aus der „Bürgerlichen Brauerei, Berlin“, der früheren Nationalbrauerei; dieselbe gehört dem Ring an und ist dementsprechend ebenfalls boykottirt. Laßt sich niemand ansprechen.

Wie ist im königlichen Schloß der Bußtag beangen worden? Da der „Vorwärts“ kein bürgerliches Blatt, sondern ein Proletarierblatt ist, so hat diese Frage für uns auch nur Bedeutung, so weit sie das Interesse der Arbeiter erweckt. Ohne Zweifel liegt dieser Fall vor, wenn wir mittheilen, daß man sich in dem vornehmsten Gebäude des christlichen Kaiserthums Preußen nicht gekümmert hat, die Arbeitskraft der dort thätigen Bauhandwerker am „heiligen“ Bußtag in einer Weise anzuspannen, die denn doch ein wenig näher erörtert zu werden verdient.

Vor längerer Zeit ist im Schloße eine größere Anzahl Maurer, Zimmerer, Maler, Studateure, Tischler u. s. w. eingestellt worden, um die Renovationsarbeiten auszuführen. Der weiße Saal wird aus elegantester hergerichtet; auch erfordern die neuen, sehr kostspieligen Beleuchtungsanlagen viel Arbeit. Um das Ganze nun bis zu den im Januar beginnenden Hofestlichkeiten fertig zu stellen, wird fortwährend mit ganz ungewöhnlichem Tempo geschafft. Die Nacht zum Bußtag wurde von Zimmerern und Tischlern durchgearbeitet; am Tage ließ man diese Arbeiter aufgehen. Ein Theil der Maurer hat jedoch am hohen protestantischen Feiertag bis fünf Uhr Abends gearbeitet und ein Theil der Studateure war noch länger beschäftigt. Ebenfalls ist von den an den elektrischen Anlagen thätigen Arbeitern am Mittwoch voriger Woche gearbeitet worden.

Um diese immerhin bemerkenswerthe Art der Bußtagfeier vollumfänglich zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß im königlichen Schloß früher weit mehr Arbeiter als gegenwärtig thätig waren. Anfänglich waren etwa 150 Mann eingestellt; jetzt ist die Zahl der Beschäftigten bis auf etwa 40 zusammengeschmolzen. Man entließ die Arbeiter nach und nach mit der Motivierung, daß sie überschüssig (!) seien. Die noch in Beschäftigung verbliebenen Arbeiter haben dafür für einen Stundenlohn von 50 bis 60 Pfennig zwölf bis vierzehn Stunden täglich zu arbeiten zu einer Zeit, wo tausende Bauhandwerker arbeitslos die Straßen Berlins durchwandern!

Eins noch. Dem hiesigen Magistrat, der vor einigen Tagen in seiner „Warnung“ erklärt hat, nur Arbeiter beschäftigen zu wollen, die in Berlin ortsaussässig sind, dürfte vielleicht noch die Mittheilung interessieren, daß die Familien der gegenwärtig noch im königlichen Schloß thätigen Bauhandwerker

zu einem nicht unerheblichen Theil außerhalb Berlins in der Provinz, wohnen.

Einen Kommentar zu dieser eigenartigen Suhtagsfeier im königlichen Schloß zu schreiben, halten wir, die wir an der Erhaltung des christlichen Staates nicht weiter interessiert sind, für überflüssig.

Vielleicht aber befassen sich einige der jedes in seiner Weise in Kampf für Ordnung, Religion und Sitte" machenden Blätter, wie "Kreuz-Zeitung", "Voll" und "Post", mit dieser immerhin ganz interessanten Aufgabe.

Ueber die Folgen, welche die Abschaffung des bisherigen Nachtwächers mit sich führt, weis eine Lokal-Korrespondenz allerhand anzuplaudern. Die Abschaffung der Nachtwächter, so heißt es, fängt schon jetzt an, für die Polizei selbst ihre Schatten zu werfen. In erster Linie begründet ein vielgeplagtes Gewerbe, das der Gastwirthe, das Eingehen des Nachtwächters. Der Hauschlüssel des Nachtwächters spielte bisher eine große Rolle, insofern die Polizeibeamten durch ihn Zutritt auf die Grundstücke erhielten und den Verkehr in den Wirtschaften vom Hofe aus übersehen konnten. Das hört jetzt auf; denn die Privatwächter, die nur den Vortheil der Hauswirthe im Auge haben, werden sich hüten, der Polizei Thür und Thor zu öffnen. Hiernach kann ein Unterschied zwischen Wirtschaften mit unbefränkter und solchen mit beschränkter Polizeistunde nur noch der Form nach bestehen. Abgesehen davon, daß der Vortheil manchen ordentlich geleiteten Wirtschaften im Hinblick auf die ihnen obliegende Steuerleistung wohl zu gönnen ist, ergeben sich andererseits Mißstände, an deren Beseitigung ebenso dem Publikum wie der Polizei gelegen ist. So ist in der Zimmerstraße seit einiger Zeit ein Lokal entstanden, für das der Vater einer übelbeleumundeten Frauensperson Konzeptionist worden ist. Die Bedienung wird daselbst von der Tochter selbst und deren Anhang geführt. Dies Lokal, wie viele andere, werden sich dem Auge der Polizei gänzlich entziehen, sobald der Wächter aufgehört hat zu bestehen.

Der Fernsprech-Verkehr Berlin-Wien wird definitiv am 1. Dezember eröffnet; die Gebühr für das gewöhnliche Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt 3 M.

Nachmals die zerbrochene Klotzscheibe. Die "Voll-Zeitung" schreibt: Die "Kreuz-Zeitung" hatte am Dienstag Abend gemeldet, daß der geheime expedirende Sekretär Maiwald zum Postdirektor ernannt worden sei. Die Fassung der Notiz mußte den Anschein erwecken, als ob Herr Maiwald gewissermaßen zur Belohnung für seinen bekannten Schreibenerlaß zum Postdirektor befördert worden sei. Dem ist aber nicht so. Wie wir erfahren, ist Herr Maiwald, der das Postamt 85 seit dem 1. April d. J. kommissarisch verwaltete, bereits am 1. Oktober zum Postdirektor ernannt worden. Weiter erfahren wir, daß den Beamten, welche bereits ihre fünf Pfennige zu den Kosten für die Fernschreiben beigetragen hatten, die von ihnen gezahlten Beiträge zurückgestellt worden sind. Dies war nach Zurücknahme der Verfügung selbstverständlich.

Deutsche Kultur. Ein neues großes Zentralfängnis soll in der Umgebung Berlins gebaut werden zur dauernden und nachhaltigeren Entlastung der fortgesetzt überfüllten Berliner Gefängnisse. Die Baupläne sind bereits in Arbeit. Als Ort ist vorläufig Oranienburg anzuweisen. Doch ist eine endgültige Bestimmung noch nicht getroffen.

Eine schreckliche Szene spielte sich vorgestern Mittag nach 12 Uhr vor dem Hause Elisabethstr. 21 ab, auf dessen Dach der Dachdecker Kleißner mit Ausbesserungsarbeiten auf einer Leiter beschäftigt war. Sein kleiner Sohn, welcher der Ehefrau des Dachdeckers, die ihm das Mittagessen brachte, davongelaufen war, rief seinem Vater laut zu: "Vater, ich komme doch zum Mittagessen herunter!" Wahrscheinlich erfreut über des Knaben fröhlichen Ruf, kletterte Kleißner rasch die Leiter hinunter und wie er die Worte laut zurief: "Ja, ich komme gleich!" rutschte sein Fuß aus, so daß er rückwärts auf den gepflasterten Hof hinunterstürzte und mit zerschmettertem Kopf und zerbrochenen Beinen dort liegen blieb. Der schnell hinzugerufene Arzt konnte nur den sofort eingetretenen Tod konstatiren, worauf die Ueberführung der Leiche in das Leichenschauhaus erfolgte.

Von den Schätzen der ermordeten Elise Groß. An den Nachforschungen bezüglich des in Breslau an der Elise Groß verübten Raubmordes ist die hiesige Kriminalpolizei jetzt wiederum betheilig. Es liegt jetzt ein genaues Verzeichnis der geraubten Schmuckgegenstände vor, nach denen auch bei den hiesigen Fandbleibern und Trödlern geforscht wird. Es sind goldene Ohrringe mit Perlen und Brillanten, eine Türkisen-Brosche mit zwölf Brillanten, sieben goldene Armbänder, theils platt, theils in Kettenform, darunter eins in Form eines Steigbügels, eine Keelblattartige Brosche mit Brillanten, eine solche mit Perlen, eine Spinadel von Gold, ein goldenes Medaillon (Herz) an einer goldenen, perlensetzten Schleife, eine feingliedrige goldene Kette mit Perlen, ein goldenes Armband mit Uhr, eine Damenuhr ohne Kette, eine Herren-Uhrkette von Gold mit Anhängeln in Schildform, ein Ring mit Türkisen und Brillanten, ein zweiter Ring mit zwei Brillanten und mehrere kleine Ringe, ein Paar Ohrringe mit großen Korallen, eine goldene Brosche, die die Form einer Mandoline hat, eine ebensolche, die ein Hufeisen mit einer Peitsche darüber darstellt und endlich eine Brosche, die in Goldfassung aus einem Zwanzigmarkstück mit dem Wiede Kaiser Friedrich hergestellt ist. Die gesammten Schmuckgegenstände haben einen Werth von etwa 4000 M.

Eine Weltbibel.

(Schluß.)

In Brant's Hauptwerk, dem Narrenschiff, ist es viel mehr auf allgemein sittliche als auf politische Belehrung abgesehen, wie wohl er gleich dem Hans Sachs und anderen zeitgenössischen Worthaltern der Reformation fortwährend für den "gemeinen Mann", die Wohlfahrt Aller seine Stimme erhebt. Die erste Ausgabe dieses epochemachenden Buches ist am Schluß datirt: „Im jor nach Christi geburt Tuzend vierhundert vier und nienzig“; das Buch feiert also im heurigen Jahre seinen 400. Geburtstag. Wer es heut lesen will, greife nach der billigsten Uebersetzung von H. A. Jungmans (Nr. 899 und 900 von Neclam's Universal-Bibliothek, Preis 40 Pf.) oder nach der von dem un deutschen Literaturforscher hochverdienten Karl Wöldele besorgten Ausgabe (Band 7 der Sammlung deutscher Dichter des 16. Jahrhunderts, Leipzig, Brodhause, 1872). Eingehende Studien ermöglichen die Ausgaben von Strobel (1839) und Jarnde (1854). Simrod's Uebersetzung ins Neuhochdeutsche (Berlin 1872) ist verfehlt und werthvoll nur durch die Wiedergabe der Holzsnitte der älteren Ausgaben.

Der Titel des Buches wird gerechtfertigt durch eine „Vorrede in das Narrenschiff“. Trotz aller Gelehrsamkeit und gewaltig umfangreicher Schriftstellerei seiner Zeit lebe

Die ganze Welt in finsterner Nacht
Und thut in Sünden blind verharren.
Alle Straßen, Gassen sind voll Narren.

Darum habe er das Narrenschiff zugerüstet als einen Spiegel, in dem jeder Narr sein Ebenbild finden und besser davon werden und Kappe und Kolben des Narren ablegen möge. Mit derjenigen Narrenkunst, der er sich selbst zurechnet, mit den Büchernarren macht der Dichter den Anfang. In schonungsloser Selbstverpottung tadelt er die Gelehrten, die sich auf ihre Iabri (Biberei, Bibliothek, Büchersammlung) verlassen müssen; der Dokortittel sei nur dazu gut, die Gelselohren zu verbergen.
Mit dieser Fähigkeit, sich von jeder Gelehrtenüberhebung

Was für staatsstreue Kämpfer für Ordnung, Religion und Sitte mögen doch die alten und jungen Roués gewesen sein, welche die Ermordete mit so reichen Liebesgaben ausstatten konnten!

Der unschuldige Hildebrandt. Gegen den wegen seiner Brutalitäten vorläufig zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilten Nachtwächter Hildebrandt aus Niddorf, von welchem vor 14 Tagen gemeldet wurde, daß er unmittelbar vor Beginn einer gegen ihn anstehenden Verhandlung vom Moabiters Kriminalgericht aus die Flucht ergriffen habe, war von seiten des Gerichtshofes ein Haftbefehl erlassen worden. Letzterer ist aber wieder aufgehoben worden, weil der Werthbediger des Angeklagten den Nachweis geführt haben soll, daß Hildebrandt mit der Absicht nach dem Kriminalgericht gekommen war, den Termin wahrzunehmen, daß ihm aber unwohl wurde und er es vorzog, sich nach Hause zu begeben, wo er anderen Tages in den Zeitungen las, daß ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden sei. Das Gericht hat nun den Haftbefehl aufgehoben und dafür beschlossen, den kranken Mann, der in seiner Eigenschaft als Beamter unschuldige Leute so tapfer prügeln konnte, zu der nächsten Hauptverhandlung vorführen zu lassen.

Wie man mit seiner Unschuld Geschäfte macht. „Zum unschuldigen Schwank“ heißt die Aufschrift eines großen Schildes mit bunten Lettern, welches der vielgenannte Restaurateur seit einigen Tagen vor seinem Lokal in der Oranienburgerstraße befestigt hat. Die Polizei ist jedoch hiermit nicht einverstanden und hat deshalb dem Schwank aufgegeben, das Schild zu entfernen, da dessen Inschrift eine Demonstration gegen die Behörde sei und gegen die öffentliche Moral verstoße.

„Eine klassische Kühnheit“ hat der aus dem bevorstehenden Bucherprozeß Treubers bekannte, flüchtig gewordene Bucherer Benno Ostertag an den Tag gelegt, welcher seit einigen Wochen in London weilt. O. hat wohl die Absicht, Amerika zu beglücken und hat nun aus diesem Grunde an die hiesige Polizei geschrieben, in dem Briefe die Bitte um nachträgliche Ausstellung eines Auslandspasses und Rücksendung desselben nach London auszusprechen. Selbstverständlich hat die Behörde dem Wunsche des Herrn O. nicht stattgegeben.

Eine Fahrt auf Leben und Tod machte dieser Tage ein altes Ehepaar auf der Ringbahn. Wie leider sehr oft, waren dank der unangebrachten Sparsamkeit der Eisenbahnverwaltung, auf Bahnhof Niddorf die Räder eines Ringbahnzuges total überfüllt, und um endlich mitzukommen, drängten sich die Passagiere in die schon dicht belegten Wagen. Hierbei wurde ein alter Mann und dessen Frau derart eingeklemmt, daß beim Abgehen des Zuges an ein Herein- oder Herauskommen nicht zu denken war, und die alten Leute somit bei offener Thür, halb herausschwebend aus dem Zuge, mit fortgeführt wurden. Die Gefahr erkennend, sprang der Bahnschaffner Krause aufs Treibrett und hielt die alten Leute fest, bis der Zug endlich kurz vor der neuen Brücke wieder zum Halten gebracht war. Das Publikum konnte nur mit Entsetzen dem Schauspiel zusehen und war glücklich, als der Zug anhielt und das vor Schreck fast ohnmächtige Ehepaar aus seiner gefährlichen Lage befreit wurde. Eine Befreiung der Zustände wird freilich wohl auch dieser Fall nicht herbeiführen.

Hingehörige Behandlung, die sie von ihrer eigenen Schwester zu erdulden hatte, soll die 17 Jahre alte Bertha Redlich veranlaßt haben, sich am Donnerstag Morgen aus dem 6. Stock des Hauses Subenerstr. 12 auf die Straße zu stürzen. Die Unglückliche, die in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt wurde, war bei ihrer Schwester, einer Kaufmannsgattin, in dienender Stellung.

Als Leiche aufgefunden wurde am Mittwoch Vormittag um 8 1/2 Uhr im Luisenstädtischen Kanal hinter der städtischen Gasanstalt den Rentner Hermann Feist, der Fidiinstr. 38 wohnte. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, hat sich noch nicht feststellen lassen; für die Annahme des letzteren spricht der Umstand, daß Feist an der Zuckerkrankheit litt.

Durch Ueberfahren getödtet wurde am Mittwoch Nachmittag um 1 1/2 Uhr der zwölfjährige Sohn Otto des Curyst. 87 wohnenden Kaufmanns Rededer.

Polizeibericht. Am 28. d. M. Morgens versuchte ein Mann in seiner Wohnung, in der Fruchtstraße, sich die Pulsader an der Hand zu öffnen. Er verletzte sich bedeutend und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. — Auf dem Felde zwischen der Christburger- und Danzigerstraße wurde in einer Laube ein Mann erhängt vorgefunden. — Im Landwehrkanal hinter der Gasanstalt wurde Vormittags die Leiche eines Mannes angeschwommen. — Bei dem Ausbessern des Daches auf dem Grundstück Elisabethstraße 21 stürzte Mittags ein Dachdecker in den Hof hinab und starb auf der Stelle. — Am Gröblicher Ufer fiel ein Knabe von einem in der Fahrt befindlichen Steinwagen, gerieth unter die Räder und erlitt so schwere Verletzungen, daß er während der Ueberführung in die elterliche Wohnung starb. — In einer Wohnung am Weidenweg entstand dadurch Feuer, daß zwei allein gelassene Kinder die Petroleumlampe umwarfen. Ein dreijähriges Mädchen erlitt dabei schwere Brandwunden am ganzen Körper. Das Feuer wurde von Hausbewohnern gelöscht. — In der Müllerstraße wurde ein Arbeiter mit einer bedeutenden, anscheinend von einem Falle herrührenden Verletzung am Fuße aufgefunden und nach der Charité gebracht. — In der Nacht zum 29. d. M. land in der Klosterstraße ein Zusammenstoß zwischen zwei Tröckeln statt, bei dem ein Fahrgast von der Deichsel getroffen und anscheinend

freiuhäuten, stimmt die vollständig derbe Sprache des Buches vortrefflich zusammen, in der Brant schreibt, eben um auf die Massen zu wirken, sie zu bessern und zu belehren.

Ebenso wenig wie die Nartheit der Gelehrten verschont Brant das Adelsverthe im Kirchenregiment, das Pfandenhäuser, die Selbstsucht und den Geiz der Geistlichen. Denn Christus widerkehrte, meint Brant, und wolle wieder einmal den Tempel säubern, aus dem er seinerzeit Wechler und Händler austrieb, so würde er fangen am Pfarrer an und würd' bis an den Wekner gahn (gehen).

In dem Kapitel: von geistlich werden tadelt Brant, daß so viele aus weltlichen Gründen und ohne inneren Beruf und Fähigkeiten Seelsorge auf sich nähmen.
Am Golde hängt,
Nach Golde drängt
Ja alles.

meint auch Brant. In dem Kapitel: von Betrachtung (der) Armuth lesen wir:

Wer auf Reichthum fleißet sich,
Der lägt auch, daß er bald ward rich (reich)
Und ach! kein Sünd, Mord, Wucher, Schand . . .
Gerechtigkeit um Geld ist seil
Durch Geld (um Geldes willen) küm' mancher an ein Seil
(würde gegangen),
Wenn er mit Geld sich nicht abkauft' (loskaufte).

Und sag' Dir deutsch, wie ich das mein:
Man hängt die Leinen Dieb allein.
(Besten Bedanken spricht bekanntlich Luther noch drastischer und treffender so aus: „Die großen Dieb hängen die kleinen“.)

Wucher und Fäulnis, Ankaufen großer Borräthe nöthiger Bedarfsartikel zum Zweck der Preisereberei und des Profitmachens rügt Brant ebenso wie Luther und Hans Sachs. Es nannten damals mit dem Judenspieß, wie man das Buchernannte, dieselben Leute, die Juden verfolgten, genau wie heute, so daß Brant meint:
Gar leidlich wär' der Juden Gesuch (Zinsen, Zinsnehmen),
Aber sie können nicht mehr bleiben,
Die Christenjuden sie vertreiben!

innerlich erheblich verletzt wurde. — Im Laufe des Tages sande fünf Brände statt.

Witterungsüberzicht vom 29. November 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (0. = 40 F.)
Swinemünde . . .	766	SW	4	Nebel	2
Hamburg . . .	768	SW	4	bedeckt	1
Berlin . . .	769	W	1	bedeckt	0
Biesbaden . . .	769	NO	1	bedeckt	2
München . . .	768	O	3	bedeckt	-3
Wien . . .	770	Stil	0	Nebel	2
Paparanda . . .	744	WNW	2	wolfig	-4
Petersburg . . .	—	—	—	—	0
Coel . . .	778	N	1	bedeckt	7
Aberdeen . . .	764	WNW	2	halb bedeckt	9
Paris . . .	769	N	3	bedeckt	-1

Wetter-Prognose für Freitag, den 30. November 1894.

Zeitweise heiteres, vorherrschend wolliges Wetter mit etwas Regen, mäßigen westlichen Winden und zunehmender Erwärmung.
Berliner Wetterbureau.

Theater.

Alexanderplatz-Theater. Es ist kein Genuß, das hervorragende Werk der seligen Charlotte, die feuffer- und thänenreiche „Grille“ sehen zu müssen. Selbst dann nicht, wenn ihretwegen express ein Künstlerpaar aus dem Bereich des Hamburgischen Kunstmonopolisten Pollini nach Berlin kommt. Es geht in der „Grille“ gar zu thänenrührend her und wenn das Stück, das unseren Eltern so erbaulich erschien, eine Probe für das Können eines Schauspielers abgeben sollte, so läßt sich eine unglücklichere Wahl als diese dritthalbstündige Aufschäumung widerwärtiger Unnatürlichkeit kaum denken. Man kann daher von Fräulein Erna Wilkoff, die vom Stadttheater in Hamburg hierher kam, um als Gast die Titelrolle zu geben, nichts anderes sagen, als daß sie ganz annehmbar zu seuffen verstand und in Sprache und Stimme nach Kräften den Intentionen der guten Frau Birch-Pfeiffer folgte. Das gleiche gilt von dem Hamburger Gast Herrn Wesselsky, der als Landru austrat und zuweilen mit recht glücklichem Erfolg Töne menschlicher Empfindung hervorzuheben suchte. Wenn Herr Wesselsky, was namentlich in den letzten beiden Akten geschah, aus der würdevoll gezeichneten Sprechweise, die im Stück ja wohl vorgeschrieben ist, in eine natürliche versiel, so zeigte er, daß er braver Leistungen fähig ist. Vielleicht treten die beiden Gäste noch einmal in einem den heutigen Sitten zuzufugenden Stück auf, in dem die darstellenden Künstler sich als Menschen und nicht als abgestäubte Glibberpuppen zu gebarden haben. Das Spiel der übrigen Mitwirkenden war im allgemeinen der sanft unter der Erde schlummernden Dramatikerin würdig. Frau Pögnier als Großmutter Feder sicherte so hehnäftigend von der Bühne herab, als ob sie im Parodie-Theater spielte, und Herr Bach als harmlos-naiver Zwillingbruder erinnerte den ganzen Abend an die Zutraulichkeit, mit welcher die Verkäufer in der Goldenen Hundertehn und ähnlichen Instituten das Publikum unter Umarmungen besehren. Passabel waren Fr. Arto als Madelon und Herr Schäfer als Vater Barbant.

Berichts-Beifung.

Von dem eingehenden Wirken eines Berliner Schöffengerichts giebt folgende Mittheilung Kunde: 56 Anklagesachen erledigte gestern eine Abtheilung des Schöffengerichts in einem Zeitraum von 10 bis 11 1/2 Uhr, also innerhalb 1/2 Stunden. Es handelte sich allerdings nur um Uebertretungen, jedoch waren immerhin gegen hundert Zeugen zu vernehmen und zu vernehmen. Es kamen durchschnittlich auf die Verhandlung noch nicht vier Minuten.

Die Gefährlichkeit der offenen Pferdebahnwagen zeigte sich in einer Verhandlung, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Kutscher Hermann Vogt hatte sich wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Derselbe fuhr an einem Juniage mit einem großen fleisch-Transportwagen durch die Alte Jakobstraße. An der Kreuzung der Dreßdenerstraße bildete ein Pferdebahnwagen mit einem anderen Fuhrwerk eine enge Gasse. Durch den engen Raum fuhr Vogt mit seinem Wagen hindurch. Im Pferdebahnwagen saß mit dem Rücken dem Angeklagten zugewandt der Kaufmann John. Er hatte seinen rechten Arm berast über die Brüstung gelegt, daß der Ellenbogen darüber hinausragte. Der Angeklagte fuhr nun so dicht an dem Pferdebahn-Wagen vorbei, daß er mit seinem Wagen den Arm des John freiste. Dieser erlitt eine höchst schmerzhafteste Muskelzerrung, er ist heute noch in dem Gebrauch seines Armes behindert. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Kutscher, dem das Maßheur passirt war, eine Gefängnisstrafe von drei Monaten (?). Der Gerichtshof erkannte auf vierzehn Tage Gefängnis.

Ein frommer Sünder. Der Vorsteher eines katholischen Knaben-Erziehungsinstituts, Vater Södgerer in Graz, der be-

d. h. die unbeschnittenen Juden thun es an Wucher und Ausbeuterei den beschnittenen bei weitem zuvor und dazu „Schweige all Recht und Geseh“. Der Spruch schließt mit dem Satz: wer reich will sein mit Schaden der Gemeinde, der ist ein Narr. Wenn Goethe im Wilhelm Meister lehrt, daß der Reiche nur dann ehrenwerth sei, wofern er andere seines Gutes mitgenießen lasse, so saht Brant diese Meinung in die Worte:

Wer Gut hat und ergöht sich (da) mit,
Und nicht dem Armen davon git (giebt),
Dem wird verjagt, so er auch bit!

Auch das Heirathen nach Geld tadelt er und beklagt, daß zu seiner Zeit gar wenig handeln würden wie der alttestamentliche Boaz, der die arme landfahrende Dirne Ruth zum Weibe nahm.

In dieser Weise nimmt Brant alle allgemein menschlichen Fehler und Gebrechen, so wie die besonderen seiner Zeitgenossen vor und becheht sie mit gutem Humor und volkstümlicher berber Ausdrucksweise in etwas über hundert Kapiteln durch. Er handelte nach dem vortrefflichen Rezept, das Goethe seiner Zeit gesagt hat in die Worte:

Greift nur hinein ins volle Menschenleben!
Ein jeder lebt's, nicht vielen ist's bekannt,
Und wo ihr's paßt, da ist's interessant.

Und so ging es den Zeitgenossen, so geht es auch dem heutigen Leser noch mit der Brant'schen Weltbibel, dem Narrenschiff. Das Bild des Narrenschiffes, die Schilderung von allerlei Nartheit nach festem Plan ist nicht derart eingehalten, daß man das Ganze mit gutem Bedacht der Reihe nach lesen mußte; man konnte anfangen und halt machen mit jedem beliebigen Narrenportrait. Das trug sehr viel zur Volksbeliebtheit des Buches bei, das unzählige Auflagen, Uebersetzungen und, dem Verfasser zu erheblichem Verdruß, auch unbesungte und ungeschickte Erweiterungen erlebte, und auch heut noch mit gutem Behagen und Nutzen gelesen werden könnte und sollte.

Manfred Wittich.

welcher in dortigen Adelskreisen hoch angesehen war, wurde wegen unstillen Vergehens an sieben seiner Zöglinge zu nur einjähriger Kerkerstrafe verurteilt.

Der Zigarrenmacher Kämpfe aus Weissensee befand sich am 5. Mai d. J. in einer Sitzung des „Anarchistischen Diskussionsklubs“ in Weissensee. Der Vorsitzende, Tischler Klemann, hatte einen Vortrag gehalten über „Die Sklaverei der alten Zeiten“. An der Diskussion beteiligte sich auch der Angeklagte, dabei die Frage aufwerfend: „Hat denn ein Gendarm auch Freiheit?“ Als darauf der Zwischenruf gemacht wurde: „Jawohl, der sieht höher, wie wir!“ replizierte der Angeklagte: „Nein, für mich steht jeder Beamte eine Stufe tiefer wie andere Menschen!“ Durch diese Worte fühlten sich die überwachenden Gendarmen Grütz und Opitz beleidigt; sie machten Anzeige und das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 10 M. Geldstrafe. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, weil ihr die Strafe zu niedrig erschien und auch nicht auf Publikationsbefugnis erkannt worden war. Vor der Strafkammer soll der Angeklagte gestern, als ihn der Präsident auf seine zum Teil wegen Diebstahls erlittenen Vorstrafen aufmerksam machte und ihn fragte, wie er dazu komme, sich über einen Beamten erheben zu dürfen, geantwortet haben: „Ja, der wech ich noch nicht!“ Der Gerichtshof erkannte auf 14 Tage Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 2 Monat beantragt.

Das Reichsgericht verwarf am Donnerstag die Revision des Kaufmanns Schröder, welcher in dem Prozesse wegen Zusammenbruchs des Siegener Bankvereins, dessen Aufsichtsrats Schröder angehört, am 16. Juni d. J. von der Strafkammer in Siegen wegen absichtlicher Benachteiligung zu 1 Jahr Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe verurteilt worden war.

Parteinachrichten.

Partei-Literatur. Die erste Auflage des Protokolls über die Verhandlungen des Frankfurter Parteitagess ist bereits vergriffen. Leider hat sich bei der raschen Herstellung ein sehr bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen, der bei der sofort in Angriff genommenen zweiten Auflage richtig gestellt worden ist. Die Besizer der ersten Auflage mögen folgende Richtigstellung eintreten lassen:

Die Agrar-Resolution (S. 185) enthielt in ihrer zuerst vorgeschlagenen Fassung als drittelten Absatz folgenden Passus:

Der Bauernschaft soll die Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren und ihnen den rationellen und genossenschaftlichen Betrieb durch Staatshilfe erleichtern.

In der zur Abkündigung gebrachten Fassung wurden die gesperrt gedruckten Worte von den Antragstellern Schoenlant-Vollmar zurückgezogen und die Agrar-Resolution in dieser abgeänderten Form angenommen, so daß der betreffende Passus also lautet:

Der Bauernschaft soll die Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren.

Zur Diskussion über die Streitfrage Bebel-Vollmar. Ein Telegramm des „Gerold-Bureau's“ aus Nürnberg vom 29. Nov. meldet: Gestern Abend fand hier eine sehr zahlreich besuchte sozialistische Parteiverammlung statt. Reichstags-Abg. Grillenberger hielt eine 2 1/2 stündige Rede, in der er sich in eingehender und großen Eindruck hervorrunder Weise über den sozialistischen Parteistreit aussprach. Nach Beendigung der Rede kam es zu lebhaften Diskussionen, in denen besonders die prinzipielle Seite der Sache erörtert wurde. Die Versammlung gab hierbei auch dem Zweifel an der Richtigkeit der Vollmar'schen Taktik Ausdruck und wurde alsdann gegen Witternachts auf nächsten Sonntag vertagt.

Der „Völkischen Zeitung“ geht über die Versammlung noch folgender Drahtbericht zu: Ueber Bebel's Rede schickte man von Berlin Parteiblättern lange Berichte zu, um die Parteiblätter zu überumpeln, in den Köpfen der Parteigenossen Herunrührung und Rebellion gegen den Frankfurter Parteitag hervorzuwecken. Bebel sei zur Kritik gewiss berechtigt, aber er habe sich zum Splitterrichter und Diktator aufgeworfen, der einen Vorstoß gegen den Parteitag beabsichtige. Der schlimmste Partikularismus sei der preussische, namentlich der Berliner. Wenn seitens des Parteivorstandes nicht positiv Bebel's finanzielle Vorwürfe getadelt würden, könnten die Bayern ehrenhalber keinen Groschen Reichstagsabläden mehr annehmen, dann müsse die bayerische Unabhängigkeit platzgreifen und Bayern selbst für Diäten sorgen, damit man nicht wie Vettel behandelt werde. Grillenberger droht mit Niederlegung seiner sämtlichen Mandate, wenn die bayerischen Parteigenossen nicht durch einen Protest gegen Bebel seine Ehre wieder herstellen. In der anschließenden Diskussion machte sich im allgemeinen mehr eine vermittelnde Stimmung geltend. Wie die Angriffe Bebel's wurden auch die Angriffe der „Tagespost“ gegen ihn mißbilligt. Ein Genosse erkannte die Berechtigung des Vorwurfs der Verwässerungspolitik an. Genosse Dertel betonte, gegen eine Diktatur Vollmar's, der nur in Südbayern großen Einfluß habe, werde er sich mit Händen und Füßen sträuben. Dertel beantragte eine vermittelnde Resolution. Schließlich wurde die Versammlung auf Sonntag vertagt.

Aber nicht nur in Nürnberg, auch in München sind durchaus nicht etwa alle Parteigenossen mit der von Vollmar beliebten Taktik einverstanden und zwar waren es nicht die Unbefangenen, die dem Genossen Vollmar in der Münchener Versammlung Opposition machten. So äußerte Genosse Grombach: Bebel müsse noch andere Gründe gehabt haben, als die auch von ihm verurtheilten der verletzten Eitelkeit. Auch in der Parteipresse sei man Bebel bloß entgegengetreten, soweit er von Verwässerung der Partei z. sprach. In Bezug auf die Budgetabstimmung sei er mit Bebel einverstanden. Redner bittet die Abkündigung über die Resolution auszuweichen, bis Bebel auf die „M. Post“ geantwortet habe. Wehlich äußern sich die Genossen Wambögen und Huff.

In einem Artikel: „Die alleinigmachende Taktik“ der „Münchener Volkszeitung“, der sich im allgemeinen auf Vollmar's Seite stellt, wird auch u. a. dem Genossen Bebel wiederum, trotzdem es von diesem selbst zum soundsovieltsten Male zurückgewiesen wurde, von neuem unterschoben, er

*) Eine Reihe von Partei-Orten haben ihre Bestellungen auf das diesjährige Parteiprotokoll noch nicht aufgegeben. Um die Höhe der zweiten Auflage bestimmen zu können, werden dieselben um ungeäumte Aufgabe ihrer Bestellungen an die Buchhandlung des „Vorwärts“, Weichstr. 2, gebeten.

habe den bayerischen Genossen mit der Berechnung der ihnen aus der Parteilasse zugewendeten Gelder einen Vorwurf machen wollen. Es erscheint uns das, milde ausgedrückt, eine nicht ehrliche Kampfweise, wenn man unter Parteigenossen die einmal abgegebene Versicherung nicht gelten lassen will, und wenn man vergißt, daß Grillenberger die Frage angefnitten hat, namentlich wenn der Beweggrund einer Neuprüfung so offensichtlich zu Tage liegt, wie in diesem Falle.

Die Mannheimer „Volksstimme“ schreibt: „Genosse Bebel ersuchte uns, seine Antwort auf Grillenberger's Entgegnung vollständig zu veröffentlichen. Das war uns unmöglich. Denn ein einmaliges Nachgeben hätte uns gezwungen, auch sämtliche Entgegnungen Grillenberger's und Vollmar's zum Ausdruck zu bringen und unsere Zeitung auf Wochen hinaus zum Zummelplatz eines unerquicklichen Zeitungskrieges zu machen, bei dem nichts herauskommt. Wir haben Bebel durch Wiedergabe seiner Rede vollauf zu Wort kommen lassen, haben unsere Ansicht zum Ausdruck gebracht und durch Grillenberger's Erwiderung auch den Bayern Gerechtigkeit widerfahren lassen zu müssen geglaubt. Aber wir haben uns überzeugt, daß durch Grillenberger's derbe Antwort die Diskussion auf den Boden persönlichen Kampfes gerathen ist, auf den wir absolut nicht folgen können.“

Von der Agitation. Am vergangenen Sonntag verbreiteten die Kieler Genossen im Landreise Kiel gegen 5000 Exemplare der Broschüre: „Fort mit der Gesinde-Ordnung.“ Die Genossen fanden überall gute Aufnahme. — Genosse Harm-Eberfeld sprach am letzten Sonntag in einer stark besuchten Versammlung in Rügenburg über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Der Erfolg der Versammlung war ein guter. — Ueber die nächsten Landtagswahlen in Württemberg (sprach der Genosse Agster aus Stuttgart in zahlreichen Orten des Königreichs; so am letzten Sonntag in Gningen. Auch der Genosse Seidhardt macht gegenwärtig eine Agitationsreise durchs Land.

Bei den Stadtrathswahlen in Ronsdorf (Rheinprovinz) erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratie 171 bezw. 169 Stimmen, die Gegenkandidaten brachten es auf 98, 83 und 80 Stimmen. Es findet Stichwahl statt.

Für die Parteigenossen des Regierungsbezirks Magdeburg soll am 2. Weihnachtstagsfest in Magdeburg eine allgemeine Parteiverammlung stattfinden. In derselben sollen die Reichstagskandidaten für die einzelnen Kreise aufgestellt und die Vertrauensmänner gewählt werden.

In einer Parteiverammlung in Grefeld berichtete der Vertrauensmann, daß die Einnahmen 1021,36 M., die Ausgaben 927,62 M. betragen haben, so daß ein Kasienbestand von 93,74 M. verbleibt. Im Berichtsjahre wurden 10 Parteiverfassungen und 11 Volkerverfassungen abgehalten. Als Vertrauensmann wurde Genosse Wolters wiedergewählt. — Ueber die Frage, ob der Genosse Besch, der sich in einer früheren Versammlung dahin geäußert hatte, daß die ganze politische Bewegung unnütz sei und im allgemeinen den Standpunkt der Unabhängigen vertreten hatte, noch als zur Partei gehörig betrachtet werden könne, soll in einer späteren Versammlung noch erörtert werden.

Das Begräbniß des Parteigenossen Bremer in Magdeburg gefolgte sich zu einer großartigen Demonstration der klassenbewußten Arbeiterchaft Magdeburgs. Eine ungeheure Menschenmenge war in Bewegung, an dem Zuge nahmen etwa 8000 Personen theil, darunter eine große Anzahl Frauen. Das Begräbniß ging pünktlich vor sich. Vor dem Sarge schritten etwa 400 Frauen und Mädchen, einige der Genossinnen trugen große Vordeckfränze mit rothen Schleifen und entsprechenden Inschriften. Dann folgte der Leichenwagen mit dem Sarge, der nur mit wenigen Kränzen bedeckt war, vorn war ein Kranz des Hand Schuhmacher-Gesangsvereins befestigt. Der Parteivorstand war durch den Genossen Pfannkuch vertreten, der einen großen Kranz mit rother Schleife trug. Dann folgten 30 Deputationen von Gewerkschaften und politischen Vereinen mit Kränzen. Außerdem wurden im Zuge noch eine große Menge Kränze getragen; auch die Anarchisten folgten mit einem solchen mit schwarzer Schleife.

Am Grabe hatten sich die Mitglieder der freien Orchestervereinigung eingefunden, sie bliesen den Trauermarsch von Chopin. Der Arbeiter-Sängerbund trug dann ein Lied vor. Darauf wurde der Sarg eingeseht. Die Kränze wurden auf den Grabhügel gelegt; die schwarze Schleife der Anarchisten wurde später auf polizeiliche Anordnung entfernt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Eingekerkelt ist das Verfahren, das gegen den Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“ Genossen Richter wegen Majestätsbeleidigung schwebte. Diese sollte bekanntlich begangen sein durch den Abdruck eines Artikels, in dem von einem Spitznamen des deutschen Kaisers die Rede war.

— Wegen Beleidigung des Stadtraths von Gera wurde Genosse Bretschneider, Redakteur der „Völkischen Tribüne“, zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel gefunden, in dem gesagt war, daß die Entlassung eines Wachtmeisters niemand verwundern habe, nachdem dieser den Sohn eines hohen sächsischen Beamten zur Anzeige gebracht habe. — Wegen eines zweiten Artikels wurde Bretschneider freigesprochen.

— Wegen Beleidigung des Buchdrucker-Besizers Klinitz, sowie des Redakteurs vom „Meißener Tageblatt“, Dr. Winter, wurde der frühere Redakteur des „Meißener Volkfreundes“, Genosse Gustav Nieme, zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Beleidigung soll enthalten sein in einem Artikel, welcher sich mit dem Verhalten des „Meißener Tagebl.“ anlässlich einer ihm zugegangenen Berichtigung beschäftigte.

— Der Waldschlößchen-Bonfott in Dresden fordert noch immer seine Opfer. In der „Sächs. Arb.-Ztg.“ hatte sich ein kurzer Bericht befunden, in dem mitgeteilt wurde, daß in einem Orte bei Dresden rotbe Plakate angeklebt worden seien, die zum Bonfott gegen einen Kaufmann aufforderten. In dieser Notiz sollte Weiterverbreitung des Bonfotts liegen und der Redakteur Reichard wurde angeklagt wegen groben Anjugs. In dieser Verhandlung gab der Richter unumwunden zu, daß die sozialdemokratischen Blätter, wie wir allerdings schon längst wissen, ihrer Tendenz wegen verfolgt und bestraft werden. Nachdem Genosse Reichard entschieden bestritten, daß die Zeitungsnote eine Aufforderung zum Bonfott enthalte, wies er in seiner Verteidigung unter Anderem darauf hin, daß doch andere Blätter, wie „Anzeiger“, „Nachrichten“ fast regelmäßig und in derselben Weise über solche Vorgänge berichten, ohne daß die verantwortlichen Redakteure auf die An-

klagebank gefordert wurden. Der Anwalt erwiderte hierauf, daß das ganz etwas anderes sei, hier falle die Tendenz der „Arbeiter-Zeitung“ ins Gewicht. (1) Und richtig, es war auch mit Rücksicht auf die Tendenz unseres Blattes etwas anderes. Der Angeklagte wurde zu drei Wochen Haft verurtheilt. Daß der Angeklagte nicht etwa glaubt, es würde mit zweierlei Maß gemessen, hies es in der Urtheilsbegründung, „soll bemerkt sein, daß sein Einwand, andere Blätter berichteten auch über solche Vorgänge, ohne bestraft zu werden, unsichhaltig ist“. Und warum? Weil, ja weil „Anzeiger“ und „Nachrichten“ eben nicht sozialdemokratische Zeitungen sind. Mit zweierlei Maß wird nicht gemessen, das wollte man den Verurtheilten nicht glauben machen, dagegen betonte man, daß man bei der Strafzumessung den Umstand berücksichtigen habe, daß der Verurtheilte nicht nur eine hervorragende Person (wie liebenswürdig!) innerhalb der sozialdemokratischen Partei, sondern auch Gerichts-Berichterstatter sei und somit wissen müßte, daß der Bonfott strafbar ist. Hat man so den Frevel nicht glauben gemacht, daß man etwa mit zweierlei Maß messe, so wird er, wenn er die Strafe abbrummt, jedenfalls Zeit genug haben, um darüber nachzudenken, ob man nicht für „hervorragende Personen“ und Gerichts-Berichterstatter unter Umständen doch ein anderes Maß anwendet.

Gewerkchaftliches.

Achtung, Drechsler! Um Fernhaltung des Zuguges von Drechslern nach Harzburg-Windheim wird ersucht, da zwischen den Drechslern der Schulze'schen Fabrik und genannter Firma Lohnunterschiede ausgebrochen sind.

Der Tischlerstreik in Jnehoe dauert noch unverändert fort. Zugug ist daher strengstens fernzuhalten.

Der Streik der Steinmetzen bei der Firma Wichterich in Köln wurde strenglich beendet. Sämtliche Streikenden wurden wieder eingestellt.

Eine Buchdrucker-Versammlung in Kiel beschäftigte sich mit der von der Prinzipalität geplanten Einführung des Zwangs-Hilfslofen. In einer Resolution sprach die Versammlung ihren Protest aus gegen das Vorgehen der Prinzipale; sie wählte eine Kommission, die mit den Prinzipalen von Kiel in Unterhandlung treten soll.

Zum Streik der Legitimitäten in Malaga. Die Adresse für Sendungen, die für Streikende bestimmt sind, ist: Antonio Garcia Quejido, rua Sadurni 3. 1. O. Barcelona, Spanien.

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher. In der am 27. November stattgefundenen Vorstandswahl der „Orts-Krankenkasse der Schuhmacher“ zu Berlin legte die Liste der organisierten Schuhmacher in Berlin gegen die Liste des alten Vorstandes.

Vermischtes.

Arbeiter-Risiko. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge fand gestern Abend 10 Uhr auf der Zeche „Grau Wolke“ bei Gladbeck infolge eines wider die Instruktion abgefeuerten Schusses eine Explosion statt, durch welche 4 Bergleute getödtet und 6 verwundet wurden.

Ein Ehrenmann. Der „Fr. Zeitung“ berichtet man aus Altona:

Großes Aufsehen erregt hier das plötzliche Verschwinden des Inhabers des alten Hamburger Hauses Lübeck u. Schildknecht, des Kaufmanns Schildknecht. Der in der Mitte der dreißiger Jahre stehende Inhaber hatte, wie dem „Berl. Tageblatt“ berichtet wird, nebenbei eine Annahmestelle für Gelder, die für die Sparkasse des Altonaischen Unterhaltungsvereins, eines mit mehreren Millionen arbeitenden Bankinstituts, bestimmt waren. Schildknecht genos großes Vertrauen, namentlich auch auf der Insel Helgoland, mit deren Bewohnern die Firma schon seit einer langen Reihe von Jahren Geschäfte machte. Mit Vorliebe belegten die Helgoländer ihre Gelder bei der obenerwähnten Sparkasse und bedienten sie sich dabei der Schildknecht'schen Annahmestelle als Vermittlung. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß Schildknecht nahezu 100 000 M. anstatt sie zu deponieren, für sich verbraucht und an der Börse verloren hat. Die obengenannte Sparkasse haftet für Gelder, die bei ihren Annahmestellen belegt werden, nur bis zur Höhe von 300 M. in jedem einzelnen Falle. Dies hat Schildknecht den Leuten verschwiegen und sie zu bewegen gewußt, ihm bedeutende Summen zu übergeben. Schildknecht ist erst vor einiger Zeit zum Mitgliede des Kommerziollegiums und zum stellvertretenden Richter bei der Kammer für Handelsachen ernannt worden.

Die in Serbien wahrgenommenen Erderschütterungen erstreckten sich auch auf Mazedonien und wurden ebenfalls in Saloniki verspürt.

In Antwerpen ist eine große Stearinfabrik durch eine Feuersbrunst total zerstört worden. Der Schaden ist von enormer Höhe.

Von Peary's Nordpolexpedition wird heute im Gegensaße zu der gestern von uns wiedergegebenen Depesche der „Völkischen Ztg.“ aus London telegraphirt:

Die Meldung von dem Untergange des Dampfers „Falcon“ bekräftigt sich nach dem „Neuer'schen Bureau“ nicht. Der Dampfer „Falcon“ ist mit Peary's Expedition bereits am 15. September nach St. Johns (Neufundland) zurückgekehrt. Nur Peary selbst ist mit zwei Begleitern in Grönland zurückgeblieben, um im nächsten Jahre seine Forschungen fortzuführen.

Eingelassene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat. Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Weichstr. 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsdepotiere. — Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsdepotiere pro Quartal 1,50 M. Kreisband 1,20 M.

Die Nr. 44 vom 29. November hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Bebel's Forderungserhebung. — Wauer-Gesetz. — Gest und Moral der deutschen Presse vor fünfzig Jahren. — Johnson oder Frauenfrage II. — Wackermachern. — Wie man und behandelt. — Todtenliste.

Zur Umänderung in der Partei. — Zum dabilchen Streit. — Ein Bräutertag zwischen München und Berlin. — Unabhängigkeit und Anarchisten in London. — Der Parteitag in der Schweiz.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 5. Heft des 13. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Wort über Postaire. — Wie Lolo Striano stirbt. — Ben Gleaner Marx-Koelling. — Ausland vor einem Regime-Wechsel. — Von G. Glebanow. (Schluß). — Lourdes' von Emils Josa. — Versprochen von Julie Jodel-Roman. — Das Erfurter Programm und die Landagitation. — Von Karl Kautsky. — Professor-Honoreare. — Hoch einige Bemerkungen von Arthur Jacobs. — Neuliten. — Heuliten: Sibirische Gruppenende. — Ein Beitrag zu dem Testmal Alexander III. und seines Regierungsjubiläums. — Von G. Grigo. (Fortsetzung.)

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher Berlins.

Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres (3 Mitglieder). 2. Wahl des Vorstandes (6 Arbeitnehmer, 3 Arbeitgeber). 3. Beschlußfassung über den neuen Kontrakt mit dem Verein der freigewählten Kasienärzte. 4. Beschlußfassung über den event. Beitritt der Kasse zu einem Krankentassenverband. 5. Verschiedenes.

Die Mitglieder sowie die Arbeitgeber werden hierzu eingeladen.

NB. Das Quittungsbuch dient als Ausweis.

Der Vorstand. P. Lütich, Vorsitzender.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 1. Dez., Abds. 9 Uhr, Melchiorstr. 15:

Berammlung mit Damen.

Tagesordnung:

Vortrag des Herrn Dr. Joel (Aus der Urgeschichte der Menschheit). Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden auf § 3 und 4 des Statuts aufmerksam gemacht.

Der Vorstand.

Achtung!

Sonntag, 2. Dezember, Nachm. 1 1/2 Uhr, im Schweizerhäuschen, Marktgraben-Damm 19:

Große öffentliche sozialdemokratische

Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Robert Owen, ein Vorkämpfer des Sozialismus. Referentin Genossin Ottilie Bader. 2. Diskussion. 3. Bericht und Wahl der Vertrauensperson. 4. Bericht und Wahl der Lokalkommission.

Um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen ersucht Die Vertrauensperson.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 30. November.
Opernhaus. Hünfel und Gretel. Carnevall.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Deutsches Theater. Nora.
Berliner Theater. Die Haudenlerche.
Kessing-Theater. Gespenster.
Schiller-Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Die Fledermaus.
Reichens-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Villielichen.
Neues Theater. Das neue Stück.
Theater Unter den Linden. Zabala. Weigner Porzellan.
Bellevalliance-Theater. Königskranz.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.
Alexanderplatz-Theater. Maria Stuart.
National-Theater. Der Tod als Pathe.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne im Central-Theater, Alte Jakobstr. 30.
 Sonntag, 2. Dezember: I. Abth. 7 1/2 Uhr.
 Sonntag, 9. Dezember: II. Abth. 7 Uhr.
Die Raben
 von Henri Becque,
 Regie von Emil Jessing.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
 Wallner-Theaterstrasse.
 Freitag, den 30. November, Abends 8 Uhr: Zum 1. Male: **Des Meeres und der Liebe Wellen.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von Grillparzer.
 Sonnabend, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr: **Des Meeres und der Liebe Wellen.**
 Sonntag, den 2. Dezember, Nachm. 3 Uhr: **Die Karlskühler.** Abends 8 Uhr: **Des Meeres und der Liebe Wellen.**
 Dichter-Abend im großen Saale des Handwerker-Vereins, C. Sophienstraße 15. Abends 7 Uhr: Schiller-Abend.

Adolph Ernst-Theater Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die ewige Braut.
 Niederpiel mit Tanz in 1 Akt von W. Mannstädt und J. Kron.
 In Scene gesetzt von Ad. Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater Alte Jakobstraße Nr. 30.

Direktion: Richard Schulz.
Emil Thomas a. G.
Anna Bäckers. Josephine Dorn.
 Zum 91. Male:
O, diese Berliner!
 Große Posse mit Gesang und Tanz.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: O! diese Berliner.

„Sanssouci“ Kottbuserstraße 4a.

Jeden
 Sonntag und Donnerstag:
Stettiner Sänger
 (Kaysol, Häckel, Pitro, Britton, Eberius, Steidl, Röhl und Blank).
 Zum Schluss (Neu):
Tenoristen-Rache.
 Urförmliches Ensemble.
 Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr. — Entree 50 Pfg.
 Billets à 40 Pfg. (nur für die Wochentage gültig) sind im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von Repler, Kottbuserplatz, zu haben.
 Stets wechselndes, amüsantes Programm.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
 Sensationelle Novität!
Der Tod als Pathe.

Ausstattungs-Komödie in 5 Akten von Ernst Blumke mit theilweiser Benutzung einer Idee von August Blanche.
 Dekorationsen von Müller und Schäfer.
 Beleuchtungsbefehle vom Ober-Beleuchter Collander.
 Maschinerien vom Theatermeister Weiss. Lichtbilder von Ludwig Richter.
 Tanz- und Püngevolutionen vom Ballettmeister G. Zinner arrangirt.
 Die lebenden Land- und Wasserthiere aus dem Aquarium-Institut von Otto Preusse, Alexanderstr. 28.
 Garderoben und Requisiten vom Ober-Garderobier Paul Hildebrandt.
 Musik von Adolph Wiedocke.
 Regie: Max Samst.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.
Die Hexenjantel, neueste Illusion.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali
 der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase
 das kleinste Menschenkind.
Mexikanische Niesen-Cacteen
 in noch nie gesehener Größe.

Alcazar Variété- und Spezialitäten-Theater.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
 Borneuhüser Familienaufenthalt!
 Neu! Sensationell! Neu!
Unsere Garde.
 Große Posse mit Gesang u. Tanz und militärischen Aufführungen in 1 Akt von Weders.
 Auftreten sämtl. Spezialitäten.
 Anfang:
 Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr.
 Entree:
 Wochent. 20 Pfg., Sonntags 40 Pfg.
 R. Winkler.

Circus Renz

Carlstrasse.
 Freitag, den 30. November 1894, Abends 7 1/2 Uhr:
Tjo Ni En.
 Neue Musikalagen in den sensat. Tänzen les grelots vivants und jeu des barbichons.
 Außerdem: Zum 1. Male: Das Apportierpferd Mohr und hierauf Prinz Carneval und sein Gefolge, vorgef. vom Dr. Fr. Renz. Jeu de barro, tom. Reitpiece. Cromwell und der Steiger Alop, ger. von Fr. Wally Renz. Der sensationelle Handequilibrist Hr. Jules Keller. Die Klovnus Gebr. Villand u.
 Sonnabend: Tjo Ni En. 1. Auftreten des Major Burk in seinen amerikanischen Militär-Original-Exercitien.
 Sonntag: Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise): **Komiker Vorstellung.**
 Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En.
 Fr. Renz, Kommissionsrath.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.
 Täglich Abends 7 1/2 Uhr:
Texas Jack's American Prairie Life-Show.
 Illustrationen aus dem Amerikan. Plantagen- und Prairieleben.
 Näheres die Tageszettel.

Verein Schäftebranche.

Sonnabend, den 1. Dezember, Abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. 57:
Versammlung. Tagesordnung: Schließen wir uns der Zentralisation an. — Zahlreiches Erscheinen notwendig.
 1335b

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Sonntag, 2. Dezember, Vorm. 10 1/2 Uhr:
Bezirksversammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umg. für Norden und Nordosten im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 35.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: Werth und Nutzen der Gewerkschafts-Organisation. Referent Regierungs-Baumeister **Rehler.** 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. 293/10
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es nöthig, Mann für Mann zu erscheinen. — Alle Arbeitslosen sind eingeladen.
 Der Vorstand. J. A.: Georg Hoff, Zwinemünderstr. 69, v. 3 Tr.

Am 26. d. Mts., Mittags 1 Uhr, verstarb plötzlich mein lieber Mann, unser guter Bruder, der Gärtler
Franz Dierke
 am Herzschlag. Die Beerdigung findet am 30. d. Mts., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Niddorfer Kirchhofes aus statt.
 Wwe. Anna Dierke nebst Verwandten.

Gestern Abend 8 1/2 Uhr starb nach langem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, die Restaurateur-Wittve **Johanna Scheeler**, geb. Bethge.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Wag Liebing.
 Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags um 8 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Trepow aus statt.

Am Sonntag, den 25. November, Morgens 5 1/2 Uhr, starb nach kurzem schweren Leiden unser treues Mitglied, der Stereotypen
Hermann Senst.
 Wir verlieren in dem Dahingegangenen ein treues, bewährtes Mitglied, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.
 Die Freie Vereinigung der Stereotypen und Galvanoplastiker
 Berlin und Umgegend.
 J. A.: Der Vorstand. 1839/1

Verband aller in der Metallindustrie beschäft. Arbeiter Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
 Am Montag, den 26. November, verstarb unter Mitglied, der Ladirer
Johannes Tschusch.
 Die Beerdigung findet heute, Freitag, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Niddorfer Kirchhofes (Rudower Chaussee) aus, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 173/19 Der Vorstand.

Achtung!
Teseklub Karl Marx.
 Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, 2. Dezember, Ab. 6 Uhr, bei Specht, Carlgrabenstr. 88.
 Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. mod. A. Bernstein über: Moderner Kunst. Diskussion. 160/17
 Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein. Entree 10 Pfg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 (Verwaltungsstelle Niddorf.)
 Sonnabend, den 1. Dezember 1894, Abends 9 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 bei Schimkase, Pergstraße 142.
 Tagesordnung:
 1. Reorganisation der Verwaltungstellen.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
 177/18 Die Ortsverwaltung.

Gardinen - Fabrik

Großes Lager gestickter und engl. Lüllgardinen, Stores, weiß und creme. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. z. den billigst. Fabrikpreisen.
E. Knappe aus Eulsch i. Sachsen
 Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

Filz- und Seidenhüte

mit Kontrollmarke in allen Façons und Farben. **Mützen, Pelzwaren, Kravatten.** Neelle Waare zu soliden Preisen, empfiehlt
F. A. Pelzer,
 SO. 10 Koander-Strasse 10. SO.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 2. Dezember, Nachm. 2 1/2 Uhr:
 II. Serie VII. Abtheilung (National-Theater).
 Zum letzten Male:
Der Biberpelz. Eine Diebeskomödie von G. Hauptmann.
 Mitwirkende: Mathilde Buchwald, Max Löwenfeld, Gustav Schwabe, Max Samst.
 Mitglieder für die VII. Abtheilung werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

Den Mitgliedern anderer Abtheilungen steht es frei, gegen Nachzahlung von 75 Pfg. die Vorstellung noch einmal zu besuchen. Die Mitglieder werden gebeten, von der Freiheit Gebrauch zu machen.

III. Serie III. Abtheilung (Bessing-Theater).
Die Stützen der Gesellschaft.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 272/7 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
 Montag, den 3. Dezember 1894, Abends 8 1/2 Uhr, in Hoffmann's Festsaal, Oranienstraße 180:
Vertrauensmänner-Versammlung für den Süd-Osten.
 Tages-Ordnung:
 Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Hierzu sind die Kollegen der Baubranche besonders eingeladen.

Montag, den 3. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Heinicke, Friedrichstraße 11:
Bezirks-Versammlung für Friedrichsberg und Nimmelsburg.
 Tages-Ordnung:
 1. Die neuzugründende Innungs-Krankenkasse der Tischler und welche Stellung haben wir hierzu einzunehmen? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag, den 2. Dezemb. v. Vormittags 10 Uhr, in Reichert's Festsaal, Müllerstraße Nr. 7:
Berufs-Versammlung der Modelltischler.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Hierzu sind sämtliche Modelltischler (auch Nichtmitglieder) eingeladen.

Sonntag, den 2. Dezember, Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wernau, Rosenthalerstraße 57:
Berufs-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher.
 Tages-Ordnung:
 1. Die wirtschaftliche Lage der Bürsten- und Pinselmacher. Referent: Kollege Schöpflin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Neue Mitglieder werden in allen Versammlungen aufgenommen.
 Zahlreiches Besuch erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Chirurgische Branche.
 Sonnabend, 1. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Gründel, Brunnenstr. 188:
Gr. öffentl. Versammlung mit Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emanuel Warm, über: Kapital und Arbeit. 2. Diskussion. 99/12
 Um zahlreichen Besuch bittet Der Vertrauensmann.
 Nach der Versammlung: Vereinskränzchen.

Zentralverband der Maurer Deutschlands
 Zahlstelle 1, Berlin (Pater).
 Sonntag, den 2. Dezember, Vorm. 11 Uhr:
Versammlung
 in den „Arminhallen“, Kommandanten-Strasse Nr. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Kiesel. 2. Die gegenwärtigen Arbeiterverhältnisse in unserem Beruf. 3. Verschiedenes und Fragelasten.
 Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht
 190/9 Der Bevollmächtigte.

Achtung! Maurer Achtung!
Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 2. Dezember, Vorm. 10 Uhr, bei Gründel, Brunnenstr. 188:
Öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Viktorow. 2. Diskussion. 3. Nachwahl der noch fehlenden Vertrauensmänner. 4. Gewerkschaftliches.
 188/17 Hermann Schulz, Vertrauensmann.

Berein der Bau-Anschläger Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 2. Dezember 1894, Vormittags 10 1/2 Uhr, Grenadierstraße Nr. 33:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht Wenske contra Otter. 3. Wahl von Kassenrevisoren. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
 84/11 Der Vorstand.

Achtung!
 Allgem. Orts-Krankenkasse gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.
Grosse öffentliche Versammlung
 am Sonntag, 2. Dez., Vorm. 9 1/2 Uhr, in Fiebig's Salon, Große Frankfurterstr. 28.
 Tagesordnung: Die freie Artwahl.
 Der Einberater: B. Zimpel, Zorndorferstr. 14. 1381b

